

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Breis drammecandes
Bierteljahr 3,30 RM. monatl. 1,10 RM.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
jede oder deren Raum 90 Pfg. für
politische und gewerkschaftliche Inserate

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 19. Februar 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Kriegsbeute aus den Kämpfen in Ostpreussen
Zurückgeschlagene französische Angriffe. — Die Oesterreicher in Czernowitz

Die Meldung des Großen Hauptquartiers

Amlich. Großes Hauptquartier, den
18. Februar 1915. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die gestern gemeldeten feindlichen An-
griffsversuche dauerten mit der gleichen Erfol-
glosigkeit an: An der Straße Arras—Lille sind
die Kämpfe um ein kleines Stück unseres Gra-
bens, in das der Feind vorgestern eingedrungen
war, noch im Gange.

Die Zahl der nordöstlich Reims gestern von
uns gemachten Gefangenen hat sich noch erhöht,
die Franzosen haben hier auch besonders starke,
blutige Verluste erlitten; sie verzichteten auf
weitere Vorstöße.

In der Champagne nördlich Verthes wird
noch gekämpft. Westlich davon sind die Franzo-
sen unter schweren Verlusten zurückgeschlagen;
sie halten sich nur noch auf wenigen kurzen
Stellen unserer vordersten Gräben. Die gestern
gemeldete Zahl an Gefangenen ist auf 11 Offi-
ziere, 785 Mann gestiegen.

Zu einem vollen Misserfolg führten auch
Angriffe gegen unsere Stellungen bei Bou-
renvilles-Vauquois (östlich des Argonner Waldes)
und östlich Verdun.

Die am 13. Februar von uns genommene
Höhe 365 und der Ort Norroy (nordöstlich Pont-
a-Mousson) sind von uns nach gründlicher Zer-
störung der französischen Befestigungsanlagen
wieder geräumt worden. Einen Versuch, diese
Stellung mit Waffengewalt wiederzugewinnen,
hat der Feind nicht gemacht.

Sonst nichts Wesentliches.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Bei Lanroggen und im Gebiet nordwestlich
von Grodno dauern die Verfolgungsgeschechte an.

Die bei Kolno geschlagene feindliche Ko-
lonne ist nördlich Lomza von frischen Truppen
aufgenommen worden; der Feind wird erneut
angegriffen.

Die Kämpfe bei Plozk—Racionz sind zu
unseren Gunsten entschieden; es sind bisher
3000 Gefangene gemacht.

Aus Polen südlich der Weichsel nichts
Neues.

Die Kriegsbeute der Kämpfe an der ost-
preussischen Grenze hat sich erhöht.

Das bisherige Ergebnis beträgt: vierund-
sechzigtausend Gefangene, einundsiebzig Ge-
schütze, über hundert Maschinengewehre, drei
Lazarettzüge, Flugzeuge, hundertfünfzig gefüllte
Munitionswagen, Scheinwerfer und unzählige
beladene und bespannte Fahrzeuge.

Mit einer weiteren Erhöhung dieser Zahlen
darf gerechnet werden.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 18. Februar. (W. L. B.) Amtlich wird ver-
lautbart: 18. Februar 1915, mittags:

An der Karpathenfront von Dufka bis gegen
Buzkow ist die Situation im allgemeinen unverändert.
Auch gestern wurde nahezu überall heftig gekämpft. Die zahl-
reichen auf die Stellungen der Verbündeten versuchten An-
griffe der Russen wurden unter großen Verlusten für den
Gegner zurückgeschlagen. Der Feind verlor hierbei auch drei-
hundertzwanzig Mann an Gefangenen.

Durch die Besetzung von Kolomea ist den Russen
ein wichtiger Stützpunkt in Ostgalizien südlich des Dniestr
entzogen. Aus der Richtung von Stanislaw führte das Vor-
gehen feindlicher Verstärkungen zu neuerlichen größeren
Kämpfen nördlich Radworna und nordwestlich Kolomea, die
noch andauern.

In der Bukowina ist der Gegner über den Pruth
zurückgeworfen. Czernowitz wurde gestern nach-
mittags von unseren Truppen besetzt. Die Russen
zogen in der Richtung auf Komolow ab.

In Ostgalizien-Polen und Westgalizien nur Geschützkampf
und Geplänkel.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
von Doerfer, Feldmarschalleutnant.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Der Bericht des russischen Generalstabes.

Petersburg, 18. Februar. (W. L. B.) Der Bericht des
Generalstabes besagt: Auf dem rechten Weichselufer
dauern die Kämpfe fast in denselben Gegenden an, und zwar
an einzelnen Stellen mit äußerster Erbitterung. In der
Njemengegend sind nur feindliche Patrouillen zu bemerken.
Auf dem linken Weichselufer keine Veränderung. In
Galizien schlugen wir auf der Front Rhaba—Wylortisch
einen Angriff unter großen Verlusten für den Feind ab.
Weiter östlich suchte der Feind uns in der Gegend Laubne—
Stubenne anzugreifen. Wir wiesen diesen Angriff zurück,
machten 10 Offiziere und mehr als 1400 Soldaten zu Ge-
fangenen und nahmen drei Maschinengewehre. Auf der
Front Kozimka—Wyschkow-Pas unternahm der Feind eine
Reihe hartnäckiger und ungestümer Angriffe, wobei er kräftig
auf Wyschkow vorstieß. Alle Angriffe wurden mit großen
Verlusten für den Feind abgeschlagen. Fast ein ganzes
Bataillon wurde mit dem Bajonett niedergemacht, der Rest
gefangen genommen. In der Bukowina keine Verände-
rung.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 18. Februar. (W. L. B.) Amtlicher Bericht von
gestern 3 Uhr nachmittags: Trotz heftiger Beschießung
kehrten die französischen und englischen Flugzeuge,
welche gestern die Gebiete von Ghistelle und Ostende
bombardierten, unversehrt in unsere Linien zurück. Die
belgische Artillerie beschoß wirksam Ansammlungen und Unter-
stände. In der Champagne warfen wir während der
Nacht zehn feindliche Gegenangriffe zurück. In den
Argonnen ziemlich große Tätigkeit. Nahe Fontaine-aux-
Charmes zerstörten wir ein feindliches Blockhaus und etwa
hundert Meter Schützengräben. Ein deutscher Angriff zwischen
Four de Paris und der Höhe 263 westlich Dourevilles,
welcher von mindestens drei Bataillonen ausgeführt wurde,
war sehr heftig. Wir warfen ihn vollständig zurück, indem
wir dem Feinde schwere Verluste beibrachten und Gefangene
machten. Weiter östlich im Wald von Malancourt
nahmen wir etwa hundert Meter Schützengräben ein. Zwischen
Raaß und Bogesen nichts zu melden.

Die Kriegslage.

Der große Erfolg, den die deutschen Truppen in Ost-
preußen gegen die Russen erfochten haben, gewinnt täglich
an Bedeutung durch die Zahl der eingebrachten Gefangenen
und die Menge der eroberten Kriegsbeute. Nach dem neuesten
Telegramm des Großen Hauptquartiers ist die Kriegsbeute
in Ostpreußen und bei den Verfolgungskämpfen, die sich über
die Grenze hinaus erstreckten, auf 64 000 Gefangene, 71 Ge-
schütze, über 100 Maschinengewehre, 150 Munitionswagen
und vieles sonstiges Kriegsmaterial angewachsen. Nach der
früheren Meldung bestand die russische Armee aus zirka
11 Divisionen. Nimmt man die Zahl der Gefangenen hinzu
und zieht man in Betracht, daß nach der letzten Meldung auf
eine weitere Erhöhung der Kriegsbeute gerechnet werden
darf, so ergibt sich, daß von den ungefähr 5 russischen Armeekorps
nicht mehr allzuviel, wenigstens an Menschenmaterial,
übriggeblieben sein wird, wenn es auch gelungen sein mag,
einen erheblichen Teil der Artillerie durch rasche Flucht auf
dem gestorenen Terrain in Sicherheit zu bringen.

Es wäre also eine russische Truppe von 150 000 bis
200 000 Mann außer Gefecht gesetzt worden, ein Erfolg, der
auch gegenüber den Riesenzahlen der russischen Armee immer-
hin beträchtlich ins Gewicht fällt. Erfreulich ist aber vor
allem, daß die erneut durch die russische Invasion bedrohte
Provinz Ostpreußen nunmehr für absehbare Zeit, vielleicht
für immer, vor den russischen Einfallsgehrten gesichert sein
wird. So konnte der Schlag geführt werden, der nicht nur
die russische Offensive in Ostpreußen vollständig zurück-
schlug, sondern auch die feindliche Invasionarmee voll-
ständig zertrümmerte.

Während auf dem äußersten nördlichen Flügel die deut-
schen Truppen einen so erheblichen Erfolg über die Russen
davontrugen, sind auch auf dem äußersten südöstlichen Flügel
die deutsch-österreichischen Truppen in erfolgreichem Vor-
dringen gegen die Russen begriffen, die die gesamte Buko-
wina besetzt hatten und im Begriff waren, von dort nach
Siebenbürgen einzudringen. Der größte Teil dieser russi-
schen Truppen ist bereits aus der Bukowina wieder heraus-
geworfen worden. Kolomea in Galizien ist entsetzt und die
Räumung von Czernowitz durch die Russen bereits erfolgt.
Auch in den Karpathen, das heißt auf dem ganzen südlichen
Flügel, sind bekanntlich die deutsch-österreichischen Truppen
in energischem Vordringen begriffen, obwohl die Russen dort
starken Widerstand leisten.

Welche Waffenentscheidungen sowohl im Norden als auch
im Süden und Südosten, vor allem aber im Zentrum der
russischen Front in der nächsten Zeit zu erwarten sind, läßt
sich zurzeit nicht übersehen; das hängt zum wesentlichen von
der Stärke und Kampffähigkeit der russischen Truppen ab,
die in diesen Hauptstellungen den Truppen der Verbündeten
gegenüberstehen. Immerhin muß auch darauf hingewiesen
werden, daß die deutschen Truppen nicht nur an der Grenze
von Ostpreußen und jenseits derselben die Verfolgung gegen
die Russen energisch aufgenommen haben, sondern auch bei
Lomza im Kampf mit den Russen stehen und bei Plozk—
Racionz die Russen erfolgreich angegriffen haben, also bis
auf eine Entfernung von zirka 60 Kilometer von Nordwesten
her gegen Warschau vorgedrückt sind.

Während so der Kampf im Osten in ein neues, akuteres
Stadium getreten ist, stehen auch im Westen bedeutungsvolle
Ereignisse bevor. Wird doch mit dem 18. Februar der Unter-
seebootskrieg ernstlich begonnen werden, den Deutschland
seinerzeit England angekündigt hat. Deutschland hat ja die
Gewässer rings um Großbritannien und Irland laut dem
ganzem englischen Kanal als Kriegsgebiet erklärt. Es hat an-
gedroht, künftig alle englischen Handelschiffe, die sich in diesen
Gewässern bewegen, zur Vergeltung für die englische Ab-
schneidung der deutschen Zufuhr zu versenken. Deutschland
will zwar nach Möglichkeit den Mannschaften die Gelegenheit
zur Rettung gewähren; allein es hat auch angedroht, daß
es nötigenfalls ohne vorherigen Anruf die feindlichen Handels-
schiffe versenken werde.

Bekanntlich hat England diesem Unterseebootskrieg damit zu befehlen versucht, daß es das Nützen der Flagge neutraler Länder, speziell der amerikanischen Flagge, gebilligt, wo nicht direkt angeordnet, und auch den englischen Reedereien den Rat gegeben hat, die englischen Schiffe als Schiffe neutraler Mächte zu maskieren. Dadurch ist die Gefahr gegeben, daß von den deutschen Schiffen auch neutrale Schiffe irrtümlich angegriffen werden können. Die amerikanische Regierung hat denn auch bereits in ihrer Note an Deutschland erklärt, daß sie das deutsche Vorgehen nicht billige und eine Nichtrespektierung seiner Schiffe als Anlaß zu ernstem Konflikt betrachten werde. Die deutsche Regierung hat ihrerseits in der von uns abgedruckten Note ihre Maßregel als Akt der Kriegsnötigkeit bezeichnet und ihrem ersten Willen Ausdruck gegeben, nach Möglichkeit Mißgriffe gegenüber neutralen Schiffen zu vermeiden.

Jedenfalls bedeutet auch die Verhängung des Unterseebootskriegs einen ernstlichen Kriegszustand, dessen Tragweite sich erst nach dem Verlauf von Wochen und Monaten übersehen lassen wird.

Neues französisches Lenkluftschiff.

Paris, 18. Februar. (W. Z. V.) „Temps“ schreibt: Das neue Lenkluftschiff „Pilat de Rozier“ unternahm gestern die erste Ausfahrt, die zwei Stunden dauerte. Während der Fahrt wurde Paris überflogen.

Gestrandetes deutsches Luftschiff.

Berlin, 18. Februar. (W. Z. V.) Wie wir erfahren, ist das Luftschiff „L 3“ auf einer Erkundungsfahrt bei Südwestwind infolge Motorenavarie auf der Insel Hanö an der Westküste Jütlands niedergegangen. Das Luftschiff ist verloren, die ganze Besatzung gerettet.

Die Stärke der belgischen Armee.

Amsterdam, 17. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der belgische Deputierte Couwelaert machte in einem Interview mit dem Redakteur des „Vaterland“ folgende Ausführungen: Belgien bezog seine Artillerie von Krupp, welcher keine Munition mehr lieferte. Die französische Munition war für die Kruppkanonen nicht brauchbar; jedoch machten zwei belgische Genieoffiziere eine Erfindung, die billig und rasch die Kruppkanonen für französische Kanonengeschosse brauchbar machte. Das belgische Heer ist in bestem Stand; die Rekruten von 1914 seien gut ausgebildet und auch gut gekleidet.

Soldaten über 30 Jahre seien selten. Die Rekruten sind meistens Blümen. Couwelaert schätzt das belgische Heer, ungeachtet der Rekruten, auf 140 000 bis 160 000 Mann.

Couwelaert besuchte eine französische Munitionsfabrik, in der 4000 Arbeiter, wovon zwei Drittel Frauen sind, Tag und Nacht Granaten herstellen. Täglich werden 40 000 Granaten hergestellt, doch ist die Steigerung auf 100 000 möglich.

Eine Erklärung Vanderveldes.

Le Havre, 18. Februar. (W. Z. V.) (Meldung der „Agence Havas“.) Staatsminister Vandervelde dementiert die ihm von der ausländischen Presse zugeschriebene Äußerung, die Belgier hätten nicht daran, ihren Verbündeten auf einem Eroberungsmarsch zu folgen, sondern würden sich darauf beschränken, Belgien zurückzugewinnen. Vandervelde erklärt, er wisse, daß die strategischen Notwendigkeiten das belgische Heer zwingen können, mit seinen Verbündeten außerhalb Belgiens zu kämpfen.

Vandervelde spricht als Minister. Ob er im Namen der belgischen Sozialdemokratie spricht, ist eine ganz andere Frage.

Vom österreichisch-serbischen Kriegsschauplatz.

Albanerangriffe gegen die Serben.

Amsterdam, 17. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Offizialbericht aus Risik meldet, daß die Albanerangriffe sich immer mehr ausbreiten. Folgende Orte seien in den Händen der Albaner: Japob, Tolpojanu, Glawofjaha, Werbitha, Jour, Bramschite. Der Telegraph zwischen Brizzen einerseits, Jour und Bramschite andererseits sei zerstört. Die Albaner marschieren auf Guri und Derwente vor, besetzen Kefae und Kais. Die sich zurückziehenden Serben verloren 100 Mann und zwei Offiziere. Die Nachrichten von der Garnison Jour, welche nicht rechtzeitig retzieren konnte, blieben aus.

Der Seekrieg.

Der Stellvertretende Chef des deutschen Admiralstabes über den Handelskrieg gegen England.

In einer von amerikanischen Blättern veröffentlichten Unterredung mit dem amerikanischen Marineattaché, Kapitän Gherardi, gab der Stellvertretende Chef des deutschen Admiralstabes, Behnde, nach einer Meldung der „Voss. Zg.“ über die Lage folgende Erklärung ab:

Wie sich Deutschland in seinem Seekriege an die Bestimmungen der Londoner Deklaration gehalten, England aber hat sich weder an diese Deklaration gehalten, noch an die Bestimmungen des Pariser Vertrages, der die Seekriegsführung vor der Londoner Deklaration regelte. England beabsichtigt, indem es die Kriegsführung auf das Wirtschaftsleben ausdehnt, Deutschland durch Ausschagerung zu besiegen. Deutschland versucht auf jede Art und Weise, die Aufmerksamkeit der neutralen und aller anderen Mächte auf die Notwendigkeit zu lenken, Nahrungsmittel für seine Zivilbevölkerung herbeizuschaffen, was unter den Kriegsgesetzen sein gutes Recht war. Aber alle Anstrengungen Deutschlands blieben erfolglos. Die Sperre der Nahrungsmittel ist nunmehr so weit vorgeschritten, daß es für Deutschland notwendig geworden ist, England durch Anwendung von Gewalt zur Vermunft zu bringen. Deutschland weiß, daß England durch die Anwendung von Unterseebooten in eine Lage gebracht werden kann, in der es selbst Mangel an Nahrungsmitteln leiden wird. Deutschland hat genügend Unterseebootsstreitkräfte, um dies durchzuführen, sein nationales Leben und das Leben seiner Bevölkerung hängen davon ab, daß dieses Vorgehen durchgeführt wird und Deutschland ist gezwungen, so zu handeln. Die Schwierigkeiten, die sich dieser Unterseebootskampagne entgegenstellen, hängen zum großen Teil mit der Rücksicht zusammen, die man auf neutrale Schiffe und auf die

Menschenleben an Bord aller Handelsschiffe zu nehmen wünscht, ganz gleich, ob sie neutral oder feindlich sind.

Erstens: England hat, indem es seine Handelsschiffe mit Geschützen zur Selbstverteidigung ausrüstet, einen Plan angewandt, gegen den Deutschland ernsthaft protestiert. Die Vereinigten Staaten haben sich auf die Seite des britischen Standpunktes gestellt. Es ist den Unterseebooten unmöglich, sich britischen Handelsschiffen zu nähern und sie zu unteruchen, ohne daß sie sich selbst dem Geschützfeuer oder einem Bombenangriff aussetzen, gegen den Unterseeboote hilflos sein würden.

Zweitens: England hat seiner Handelsflotte den Rat gegeben, neutrale Flaggen zu hissen, den Schiffsnamen zu verdecken und die Bemalung des Schornsteins zu ändern, um den Konsequenzen, die ihre Rationalität mit sich bringt, zu entgehen. Dieser Plan ist entworfen worden, um Deutschland in Konflikt mit anderen Nationen zu bringen.

Deutschland wünscht nicht im geringsten, amerikanische oder andere neutrale Schiffe oder deren Ladung zu beschädigen, sobald sie nicht Kriegskonterbande führen. Deutschland befindet sich jedoch in der Lage, daß sein Leben davon abhängt, wenn es nicht die einzigen Mittel, die ihm zur Verfügung stehen, um sich selbst zu retten, anwendet. Es wird und muß diese Mittel anwenden. Den kommandierenden Offizieren der Unterseeboote ist der Befehl erteilt worden, alle möglichen Anstrengungen zu machen, um Neutralen möglichst Rücksicht angedeihen zu lassen. Aber trotz aller Vorsichtsmaßregeln, die ein Unterseeboot anwenden kann, ohne Gefahr zu laufen, selbst vernichtet zu werden, ist es dennoch möglich, daß neutrale Schiffe durch Zerium oder unglücklichen Zufall zerstört werden können. Aus diesem Grunde ist eine energische Warnung erlassen worden. Außerdem ist die englische Küste von den Engländern selbst, um sich zu schützen, mit Minen belegt worden, und auch die Deutschen werden Minen zum Zwecke des Angriffskrieges legen. Infolgedessen laufen die Schiffe auch die Gefahr, auf eine Mine zu stoßen.

Obwohl der deutsche Admiralstab überzeugt ist, daß die Anwendung von Unterseebooten von großem Einfluß auf einen schnellen Friedensschluß sein wird, wünscht er doch nicht, diese zum Nachteil des neutralen Handels und des Völkerrechts auf hoher See anzuwenden. Er hat infolgedessen die Erklärung abgegeben, daß Deutschland die ganze Unterseebootsblockade fallen lassen wird, sobald Großbritannien erklärt, daß es sich ohne Einschränkung an die Londoner Deklaration oder auch an den Pariser Vertrag halten wird, so daß die für die Zivilbevölkerung notwendigen Nahrungsmittel frei nach Deutschland hineingebracht werden können. Dieser Vorschlag ist auf diplomatischem Wege übermittelt worden. Sollte er von England angenommen werden, so würde die Angelegenheit nicht länger eine Streitfrage zwischen Amerika und Deutschland bilden.

Der stellvertretende Chef des Admiralstabes machte dem Kapitän Gherardi darauf aufmerksam, daß England, als es durch seine Proklamation die Nordsee verriegelt, amerikanischen Schiffen, die nach dem neutralen Holland führen, keine freie Fahrt gewähre, sondern sie zwang, bestimmte Routen einzuschlagen, einen englischen Kapitän an Bord zu nehmen und sich von Offizieren englischer Kriegsschiffe auf Kriegskonterbande hin durchsuchen zu lassen. Wodann erklärte Behnde, daß Deutschland hingegen bereit sei, Amerika eine freiere und sichere Methode vorzuschlagen. Amerikanische Schiffe, die durch den Kanal nach englischen Häfen fahren, sollen von einer amerikanischen Kriegsschiffe in irgendeinem Hafen an der Südwestküste Jütlands erwartet werden und, sobald die drohlose Verbindung hergestellt ist, soll eines dieser Kriegsschiffe den Handelsschiffen entgegenfahren und sie durch jenen Teil der englischen Gewässer begleiten, die von Deutschland, das nur dem Beispiel Englands folgt, als gefährlich erklärt worden sind. Nach den Regeln des internationalen Seerechts seien Handelsschiffe unter Begleitung eines Kriegsschiffes natürlich keiner Untersuchung unterworfen, aber das Land, dem sie angehören, sei bei seiner Ehre verpflichtet, dafür zu sorgen, daß sie keine Kriegskonterbande an Bord führen. Die amerikanischen Kriegsschiffe haben eigentümliche Masten, die den Offizieren der deutschen Marine wohl bekannt sind, und sowohl bei Tage wie bei Nacht würden sie und die von ihnen begleiteten Fahrzeuge von den deutschen Unterseebooten respektiert werden. Für amerikanische Schiffe, die jene englischen Gewässer, die von Deutschland als gefährlich erklärt wurden, befahren wollen, sei dies eine sichere Methode, die sich von der von England in bezug auf die diesen Kanal passierenden amerikanischen Schiffe vorgeschriebenen nur dadurch unterscheidet, daß die amerikanischen Schiffe nicht gezwungen wären, einen britischen Hafen anzulassen, noch einen britischen Kapitän an Bord zu nehmen oder von Offizieren eines britischen Kriegsschiffes untersucht zu werden, sondern daß es ihnen gestattet sei, unbelästigt ihr Bestimmungsziel zu erreichen, ohne einer Untersuchung unterworfen zu werden. Die kaiserliche deutsche Regierung sei durchaus bereit, der ehrenwörtlichen Versicherung der Vereinigten Staaten zu vertrauen, daß diese Schiffe keine Kriegskonterbande an Bord führen.

Die deutsche Antwort an Amerika.

New York, 18. Februar. (X. U.) Nach hiesiger allgemeiner Auffassung ist die Lage durch die deutsche Antwortnote wenig verändert. Die von der amerikanischen Regierung geforderte Garantie, daß seitens England kein Mißbrauch mehr mit ihrer Flagge getrieben werde, könne kaum geleistet werden. Auch der von Deutschland vorgeschlagene Weg, die Handelsschiffe durch amerikanische Kriegsschiffe zu begleiten, würde nach Auffassung verschiedener Fachleute praktisch kaum durchführbar sein. Die öffentliche Meinung ist natürlich, wie so häufig, in zwei einander heftig bekämpfende Lager geteilt. Die von dem Dreiverband gefaßte Presse bemüht sich, die deutsche Note als schroffe Ablehnung und Herausforderung hinzustellen, während die deutschfreundliche im Gegenteil auf den äußerst verbindlichen Ton der Note hinweist und erklärt, daß das amerikanische Volk die eigentlich Schuldigen an der ganzen Krise nicht in Berlin, sondern in London zu suchen hätte.

Englands Antwort an Amerika.

London, 18. Februar. (W. Z. V.) Die Antwort Sir Edward Greys auf die amerikanische Note zitiert die amerikanische amtliche Handelsstatistik, um zu zeigen, daß von Baumwolle abgesehen der Krieg den Rückgang der amerikanischen Ausfuhr, der sich in der ersten Hälfte 1914 entwickelte, nicht gesteigert, sondern tatsächlich aufgehoben habe. Dagegen sei die amerikanische Ausfuhr in Baumwolle nach Großbritannien ebenso stark wie nach anderen Ländern gefallen. Die Antwort weist ferner darauf hin, daß die amerikanische Ausfuhr von August bis Dezember 1914 von 110 auf 246 Millionen Dollar und seither noch weiter gestiegen sei. Die allgemeine Beschwerde der amerikanischen Note sei gewesen, das Englands Maßregeln den amerikanischen Handel mit neutralen Ländern ungünstig beeinflusst hätten. Die britischen Operationen zur See hätten jedenfalls Amerikas Handel

mit Großbritannien und den Verbündeten nicht beeinträchtigt, aber die amerikanische amtliche Statistik zeige, daß die Ausfuhr nach England und den verbündeten Staaten in den ersten vier Monaten des Krieges um mehr als 28 Millionen Dollar gesunken sei, während die Ausfuhr nach den neutralen Ländern und Ostereich-Ungarn um über 20 Millionen gestiegen sei. Man dürfe wohl daraus den Schluß ziehen, daß ein wesentlicher Teil des Handels mit den Neutralen für feindliche Länder bestimmt gewesen sei. Ein Haupthindernis für den Handel sei jetzt der Mangel an Schiffsraum, aber das Aufhalten der neutralen Schiffe durch England habe zu diesem Mangel an Schiffen weit weniger beigetragen, als die Zerstörung neutraler Schiffe durch Minen, die der Feind unterschiedlos auf hoher See gelegt habe. Wäher seien 25 neutrale Schiffe durch Minen auf hoher See zerstört worden. Ganz abgesehen von den Fragen des Vertragsbruchs und der Vernichtung von Menschenleben liege weit mehr Grund vor, gegen die Beeinträchtigung des harmlosen neutralen Handels durch Minen, als durch das von England ausgeübte Recht, Kanterbande zu beschlagnahmen, zu protestieren. Die Antwort beruft sich auf verschiedene Entscheidungen amerikanischer Preisengerichte, die die englische Maßregel stützen, und zählt verschiedene Konzessionen auf, die England gemacht habe, um die Unbequemlichkeit, die mit der Durchsuchung der Schiffsladung verbunden sei, zu mildern. Die Antwort betont, daß die englischen Preisengerichte weiten Spielraum hätten, um die Gesankansprüche Neutralen zu berücksichtigen. Der beste Beweis für die Einsicht und die Mäßigung, mit der die britischen Offiziere ihre Pflichten erfüllen, sei, daß bisher kein Besatzmann auf Schabenserkas eingeleitet worden sei. Die Antwort betont, daß eine Unterscheidung zwischen Lebensmitteln für die Zivilbevölkerung und für Streitkräfte wegfalle, wenn der Unterschied zwischen der Zivilbevölkerung und der bewaffneten Macht selbst wegfalle, wie es in Deutschland der Fall sei. Sowie auch für den Konsum der Zivilbevölkerung eingeführt werde, werde es doch vom Militär konsumiert werden, wenn die militärischen Bedürfnisse es erheischen, zumal jetzt, wo die deutsche Regierung die Kontrolle über alle Lebensmittel in Anspruch nehme. Während England bemüht sei, eine Schädigung der Neutralen zu vermeiden, nützte Deutschlands Absicht, Handelsschiffe und Ladungen zu versenken, ohne deren Nationalität und Charakter festzustellen und ohne für die Sicherheit der Mannschaften zu sorgen, die britische Regierung Maßregeln in Erwägung zu ziehen, um ihre Interessen zu schützen. Es sei unmöglich, daß, wenn einer der Kriegführenden von den Kriegsgebräuchen abweiche, der andere dadurch gebunden bleibe. Betreffs der Frage nach dem Recht, nicht für Streitkräfte bestimmte Lebensmittel als Konterbande zu erklären, nimmt Grey auf die Maßregel Frankreichs in dem französisch-chinesischen Krieg 1885 Bezug, in welchem Reis als Konterbande erklärt wurde. Er zitiert weiter Bismarcks Antwort an Vertreter der Kieler Handelskammer in dieser Frage. Bismarck sagte: „Jeder Krieg hat üble Folgen für die Neutralen im Gefolge. Diese Übel können, wenn eine neutrale Macht sich in die Kriegsführung einmischt, sich leicht zum Nachteil der Untertanen der sich einmischenden Macht vermehren, und dadurch könnte der deutsche Handel mit viel schwereren Verlusten belastet werden, als durch ein vorübergehendes Verbot des Reishandels in den chinesischen Gewässern. Die fragliche Maßregel hat den Zweck, durch Vermehrung der Schwierigkeiten für den Feind den Krieg abzukürzen, und ist eine im Kriege einschuldbare Maßregel, wenn sie unparteiisch gegen alle neutralen Schiffe angewandt wird.“ Grey betont besonders den letzten Satz und sagt: Die britische Regierung ist geneigt, anzunehmen, daß die deutsche Regierung an jener Ansicht noch festhält. Die Maßregeln der britischen Regierung berücksichtigen nach Möglichkeit die neutralen Interessen. Grey schließt mit den Worten: „Ich hoffe, daß, wenn die oben dargelegten Tatsachen erwidert werden, und wenn es erhellt, daß unsere Kooperationen den amerikanischen Handel mit den neutralen Ländern nicht vermindert haben, und daß unsere Methoden mit den fundamentalen Grundsätzen des Völkerrechts übereinstimmen, der amerikanischen Regierung einleuchten wird, daß die britische Regierung bisher bestrahlt war, ihre Rechte als Kriegführende Macht mit jeder möglichen Rücksichtnahme auf die Neutralen auszuüben.“

Ein früherer holländischer Kriegsminister über den deutsch-englischen Konflikt.

Amsterdam, 17. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Kriegsminister Staal schreibt im „Vaterland“: Ich nehme an, daß die große Mehrheit der Engländer wenig Sympathie für die Art empfindet, wie jetzt in ihrem Namen der Untergang des deutschen Volkes angestrebt wird. Jedenfalls haben die Neutralen jetzt unparteiisch zuzuschauen. War es zu erwarten, daß sich Deutschland ruhig aushändigen lassen sollte?

Wenn jetzt die Neutralen mit Beschwerten kommen, die sie nach dem 2. November unterliegen, so ist das keine wahre Unparteilichkeit. Man beruft sich zur Rechtfertigung der Hinfügung von Neutralflaggen auf Nelson. Dann darf man aber auch Deutschland bezüglich Belgiens nichts vorwerfen, da England zwei Jahre nach Nelsons Tod die dänische Integrität verletzte, Kopenhagen bombardierte und die Uebergabe der Dänenflotte erzwang. Wenn England die Verletzung der belgischen Neutralität als Motiv seiner Kriegserklärung angibt, so muß es anerkennen, daß die Kriegsbürden der Nelsonzeit nicht mehr anwendbar sind.

Nachdem Deutschland, durch die englischen Maßregeln gezwungen, selbst zu scharfen Maßregeln übergeht, kommen große Neutralmächte und protestieren. Ich stimme dem zu, aber man richte sich vor allem gegen den englischen Flaggenplan.

Sind auch Umstände denkbar, wo dies eine erlaubte Kriegsluft ist, so ist im gegebenen Falle klar, daß der Neutralhandel Gefahr läuft.

Wer die Breitenmaßregel himmelt, der nehme auch die deutsche Maßregel hin. Jedenfalls fordert die Unparteilichkeit, daß ein Protest nach beiden Seiten gleich kräftig sei. Im übrigen lasse man sich gesagt sein: zwei Feinden da auf Tod und Leben, man bleibe aus dem Wege, wenn man nicht getroffen werden will.

Ein dänisches Blatt über den Unterseeboots-Krieg.

Kopenhagen, 18. Februar. (W. Z. V.) „Eftrebader“ schreibt: Wie sehr man in England über die deutsche Drohung spotten mag, so hat sie doch in der gesamten übrigen Welt ganz bedeutende Wirkungen gehabt. Es heißt nun, daß die Deutschen ganz England mit Sprengminen umgeben wollen. Man man über die Beherrscherin des Meeres mehr spotten? Wenn dies möglich ist, so ist der 18. Februar der englischen Beherrschung letzter Tag. Die deutschen Blockadepäne enthalten nichts Ueberwältigendes. Der Hauptpunkt des Planes ist die Umlegung der Inseln mit Minen und eine Stöße dafür der energische Kampf der Unterseeboote gegen die englische Handelsflotte. Man versuche auf der englischen Seite die Gefahr zu mildern durch das Uebermalen der Schiffe mit neutralen Farben. Gegenüber den Minen hilft das ja nichts, und nach der Erklärung der deutschen

Admiralität wird es auch gegen die Unterseeboote wenig nützen. Man muß anerkennen, wenn die Deutschen einen Auswanderungsplan gegen England führen, so wäre eine Kriegsführung, die englische Schiffe mit so plumpen Kniffen wie das Hebermaten der Schornsteine und Seiten durchschlüssen ließe, geradezu lächerlich. Von deutscher Seite soll die Aufhebung der Blockade angeboten werden sein, wenn England die Einfuhr von Lebensmitteln für die deutsche Bevölkerung zulasse. Es ist kaum glaubhaft, daß die deutsche Diplomatie mit dieser Möglichkeit rechnet. England hat ja vorderhand keine anderen Waffen gegen Deutschland mehr als den Auswanderungsplan, und diese Waffe sollte es — wohl gar aus humanen Gründen — niederlegen? Es ist ja offenkundige Tatsache, daß England den Auswanderungsplan begann. Jetzt greift Deutschland den Gedanken auf, und seine Rücksichten, sondern nur die Machtverhältnisse werden jetzt den Sieg oder Tod Englands entscheiden. Auch die Rote der nordischen Mächte kann daran nichts ändern.

Erhöhung der englischen Marinebesatzung auf 250 000 Mann.

London, 18. Februar. (W. L. V.) Das Unterhaus hat die von der Admiralität geforderte Kopfsatz von 250 000 Mann für die Marine mit der entsprechenden Befoldung angenommen.

Der Kommandant des „Blücher“ gestorben.

London, 18. Februar. (W. L. V.) Nach einer Meldung der „Daily Mail“ ist der Kapitän des Schlachtschiffes „Blücher“ in Edinburgh einer Lungenentzündung erlegen.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses.

Berlin, den 18. Februar 1915. (W. L. V.) Zu Beginn der heutigen Sitzung der verstärkten Haushaltskommission des Abgeordnetenhauses wies der Vorsitzende auf den jetzt erst in seiner ganzen Größe zu übersehenden Sieg im Osten hin und teilte mit, daß der Präsident Graf Schwerin gestern noch den Generalfeldmarschall v. Hindenburg namens des Abgeordnetenhauses telegraphisch beglückwünscht habe. Heute morgen sei nun ein gestern nachmittags nach Königsberg gerichtetes Telegramm Sr. Maj. des Kaisers und Königs über die volle Befreiung Ostpreußens bekannt geworden, das verheißungsvoll zusammenfalle mit der voraussichtlich heute noch beginnenden Beratung der Kommission über Ostpreußens Lage. Der Vorsitzende erbat und erhielt aus diesem Anlasse die Ermächtigung, folgendes Telegramm an des Kaisers und Königs Majestät zu richten:

An des Kaisers und Königs Majestät. Die verstärkte Haushaltskommission des Hauses der Abgeordneten beginnt in ihrer Kriegstagung die Beratung der besonderen Lage Ostpreußens unter dem erhebenden Eindruck Eurer Majestät gestrigen landesväterlichen Wortes: Unser liebes Ostpreußen vom Feinde frei. Sie ist der festen Zuversicht, daß der unter Eurer Majestät Augen ersehene glänzende Sieg für unsere ostpreussischen Brüder der Ausgangspunkt zum Wiederaufbau ihrer Heimat werden wird, und gelobt namens des ganzen Abgeordnetenhauses, Euer Majestät Regierung freudig und opferwillig zu unterstützen, damit Ostpreußen aus der Zeit schwerer Bedrängnis sich schöner als je erheben möge. gez.: Windler, Vorsitzender.

Die Besprechung des dritten Punktes des Beratungsplanes, Belagerungszustand und Beschränkung der Pressefreiheit wurde beendet.

In der Besprechung hatten sowohl Vertreter der Staatsregierung als auch Vertreter aller Parteien das Wort ergriffen.

Der Berichterstatter fasste in seinem Schlusswort die Ergebnisse der Verhandlung dahin zusammen:

1. Nach den Erfahrungen während des Kriegszustandes erscheint nach Friedensschluss der Erfolg des im Art. 68 der Reichsverfassung vorgesehenen Reichsgesetzes über die Erklärung des Kriegszustandes angezeigt. Während des Krieges erscheint eine gesetzgeberische Aktion in diesem Sinne ausgeschlossen.

2. Die Generalammandos sind an die bestehenden Gesetze und Verordnungen gebunden, soweit dieselben nicht durch das Gesetz betreffend den Belagerungszustand selbst, aufgehoben sind.

3. Die kgl. Staatsregierung soll für Vergangenheit und Zukunft da, wo von diesem Grundsatze abgewichen sein sollte, zugunsten der Betroffenen bei den Militärbehörden vermittelnd eintreten.

4. Die Zensur soll über die Bedürfnisse der Landesverteidigung und die Wahrung des inneren Friedens nicht hinausgehen; vor allem muß sie gleichmäßig ausgeübt werden.

5. Für die öffentliche Erörterung der Friedensbedingungen ist festzuhalten, daß sie so rechtzeitig freigegeben wird, daß die öffentliche Meinung bei den Friedensverhandlungen voll zur Geltung gebracht werden kann, und ferner, daß alle Richtungen gleichmäßig das Recht zur Meinungsäußerung haben sollen.

Der Berichterstatter stellte dann ohne Widerspruch fest, daß in der Kommission volle Übereinstimmung darüber herrscht, der königlichen Staatsregierung die Erwartung auszusprechen, daß sie bei dem Reiche nach Friedensschluss die Vorbereitung des im Artikel 68 der Reichsverfassung vorgesehenen Gesetzes über die Erklärung des Kriegszustandes anregen, zurzeit aber dafür sorgen werde, daß

1. die Kommandobehörden nicht Anordnungen erlassen, welche den gültigen Gesetzesbestimmungen widersprechen,

2. die Zensur nicht über die volle Wahrung der Interessen der Landesverteidigung und des inneren Friedens hinausgeht,

3. die gleichmäßige Handhabung der Zensur in allen Kommandobezirken sichergestellt wird.

Sodann schritt die Kommission zur Erörterung:

1. der Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichskanzlers vom 12. 2. 1915 über die Regelung des Verkehrs mit Hafer usw.,

2. der Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichskanzlers vom 16. 2. 1915 über die Höchstpreise für Speisefarstoffe.

Ein Redner äußerte Bedenken bezüglich der Ausdehnung der Verfügungen auf Rengform aus Hafer und Gerste durch die Verordnung des Bundesrats vom 18. 2. d. R.; dadurch werde die ohnehin gespannte Lage des Futtermittelmarktes erheblich verstärkt und die Produktion der landwirtschaftlichen Erzeugnisse für die kommende Ernte erschwert. Es empfehle sich, das Rengform wieder freizugeben.

Ein anderer Abgeordneter verlangte, daß der Entzugspreis für Hafer dem Preise der Ersatzfuttermittel angepasst würde, das bedinge eine Erhöhung dieses Preises um 100 Mark, also um noch 50 Mark pro Tonne über die Preise der Verordnung vom 13. Februar hinaus.

Der Landwirtschaftsminister erwiderte, gegenüber den Bedürfnissen der Pflanzverwaltung könne bedauerlicherweise der Wunsch der Landwirte nach einer größeren Haferration nicht erfüllt werden. Bei den vorhandenen geringen Hafervorräten müßte sich die Beschlagnahme der Bundesratsverordnung vom 13. 2. R. auch auf das Rengform erstrecken, in dem lediglich Hafer oder Gerste enthalten sei. Offensichtlich werde aber die endgültige Feststellung der Futtermengen einen günstigeren Bescheid ergeben, als es zurzeit den Anschein habe.

Ein anderer Abgeordneter warnte vor den Folgen der Futtermittelentziehung in bezug auf die Vorbereitung der künftigen Ernte. Die Zugochsen könnten nach der Beschlagnahme des Rengform kaum durchgehalten werden. Jedenfalls verdienten die Land-

wirte, die Rengform kaufen, besondere Berücksichtigung bei der Verteilung von Futtermitteln.

Einige Redner empfahlen Erhöhung des Haferpreises um 125 Mark.

Ein Abgeordneter meinte, daß die besondere Berücksichtigung der Wirtschaften, in denen Rengform gebaut werde, praktisch nicht durchführbar sei. Es sei abzuwarten, welches Ergebnis die Feststellung der Hafervorräte, die am 5. Februar stattgefunden habe, zeitigen werde. Die Landwirtschaft sei nach Kräften zu stützen, aber entscheiden dürfe allein das Staatsinteresse und die Rücksicht auf das Gemeinwohl.

Der Berichterstatter stellte in seinem Schlusswort fest, daß über den Grundsatz Einkünftegleichheit herrsche, daß der Haferhöchstpreis so anzusetzen sei, daß er zum Ankauf von Ersatzfuttermitteln genüge.

In der Bekanntmachung vom 15. Februar führte ein Abgeordneter aus, es fehle darin die Festsetzung von Groß- und Kleinhandelspreisen.

Der Vizepräsident des Staatsministeriums erklärte, die einschlägigen Ansichten der Kommission hätten bei den letzten Bundesratsbeschlüssen nicht mehr berücksichtigt werden können. Die Festsetzung von Groß- und Kleinhandelspreisen für Kartoffeln müsse den örtlichen Behörden überlassen bleiben. Er gab eine Uebersicht über das Verhältnis zwischen Produzenten- und Großhandelspreisen bei Kartoffeln, die zeigten, daß die Handelspreise teilweise niedriger, teilweise höher gewesen seien, als die beabsichtigten Höchstpreise. Eine Zentralisation in der Festsetzung der Handelshöchstpreise sei praktisch nicht durchführbar, da die Bezugsbezirke zu verschiedenartig seien.

Der Berichterstatter erklärte als seine Meinung, daß eine Aufweisung an die einzelnen Verteilungsbehörden, innerhalb ihrer Bezirke Höchsthandelspreise festzusetzen, genügen werde. Es sei auch Rücksicht auf die Kartoffelverarbeitungsindustrie geboten; diese könnten die Höchstpreise unter den jetzigen Verhältnissen nicht zahlen.

Im Gegensatz zu den Ausführungen des Regierungsvertreters verlangte ein Abgeordneter eine nach Ration eingeteilte zentrale Festsetzung der Handelspreise für Kartoffeln.

Ein anderer Abgeordneter bedauerte die Erhöhung der Kartoffelhöchstpreise. Die neuen Preise überstiegen das Notwendige und erschwert die Ernährung der Bevölkerung. Letzten Endes werde nichts übrig bleiben, als die Kartoffeln zu beschlagnahmen und die Verteilung derselben zu organisieren.

Hierauf erwiderte der Vizepräsident des Staatsministeriums, daß die Beschlagnahme der Kartoffeln erwogen worden wäre, sich aber als unausführbar erwiesen hätte.

Ein Abgeordneter meinte, daß man die Konsumenten darüber aufklären müsse, daß die hohen Preise der Kartoffeln nicht den Landwirten zuschreiben seien, sondern den Händlern. Die Erhöhung der Höchstpreise um 1,75 M. pro Zentner scheine ihm zu hoch.

Der Vizepräsident des Staatsministeriums sagte Auffklärung im Sinne des Vorredners zu. Er erwiderte, daß der Hauptzweck des erhöhten Kartoffelhöchstpreises die Verhinderung des Verschürens von Kartoffeln sei, weil andernfalls die Kartoffel das billigste Futtermittel würde und auf diese Weise über kurz oder lang ein Mangel an Futtermitteln überhaupt eintreten würde.

Ein Abgeordneter hielt für nötig, Höchstpreise für Brot und Mehl festzusetzen. Er bat ferner die Regierung, dafür zu sorgen, daß von den Händlern die festgesetzten Höchstpreise innegehalten würden. Die Händler handelten ganz willkürlich.

Der Handelsminister bat, ihm alle die Fälle, in denen Uebertretungen der Höchstpreise durch Händler stattgefunden, zur Kenntnis zu geben, damit eingeschritten werden könne.

Der Vizepräsident des Staatsministeriums fügte hinzu, daß die Frage der Höchstpreise für Brot und Mehl sich erdrige, nachdem die Verteilung der Nahrungsmittel auf Grund der Beschlagnahme den Kommunen übertragen sei.

Die Verhandlungen der Kommission hatten von 11 Uhr vormittags bis 6 1/2 Uhr abends gedauert; die Kommission konnte daher in die Beratung über Ostpreußen nicht eintreten; sie wird morgen beginnen.

Die russische Sozialdemokratie gegen den Krieg.

Die russischen Sozialdemokraten lassen sich durch keine Verfolgungen und Gefahren davon abbringen, bis zum Ende tapfer und unerschrocken ihre Politik der äußersten Opposition durchzuführen. Unser Stockholmer Parteiblatt „Sozialdemokraten“ veröffentlicht, wie die „Wost. Btg.“ berichtet, die Erklärung, die der sozialdemokratische Abgeordnete Tschaidze am 9. Februar in der Duma gegen die Regierung abgegeben hat und die in allen offiziellen Berichten über die Sitzung unterdrückt worden war, um nach außen hin den Schein völliger Uebereinstimmung in der Duma zu erwecken. Die Erklärung lautete:

Schon bei Kriegsausbruch hatte die sozialdemokratische Partei ausgesprochen, daß sie zu der Regierung kein Vertrauen hegen könne, und die sechs Monate, die seitdem vergangen sind, haben gezeigt, daß sie richtig geurteilt hatte. Die liberalen fürchterlichen Folgen des Krieges sind in Rußland durch die Politik der Regierung verschärft worden. Diese begann sofort den Versuch, durch reaktionäre Maßnahmen ihre untergrabene Stellung zu befestigen. Wie gewöhnlich ging es über die fremden Nationalitäten her. Während man den Polen Versprechungen machte, wurde der Druck gegen Finnland noch härter, wurden die Juden verfolgt, und sogar in dem besetzten Galizien griff man gegen die Kleinrussen ein. In anderen Ländern tut man alles, um den Notstand zu lindern, den der Krieg hervorruft. In Rußland dagegen werden die sozialdemokratischen Versammlungen, die den Notstand erörtern wollen, gesprengt und die Blätter der Sozialdemokratie unterdrückt. Den Höhepunkt dieser Verfolgungen bildet die Verhaftung der fünf Dumamitglieder und ihrer Genossen. Wir protestieren vor ganz Europa gegen diese Verfolgung. Die Regierung wendet sich nur an die Duma, weil sie überzeugt ist, alles nach ihrem Willen zu bekommen. Die Kriegsanleihe durch Papiergeldausgabe und die Vermehrung der indirekten Steuern ist durch Ulas vorgenommen worden und wird nicht vorgelegt. Die Sozialdemokratie wird wie bisher zum Kampf für Rußlands innere Freiheit aufrufen. Im übrigen will die Fraktion erklären, daß sie in Uebereinstimmung mit den Auslassungen auf der Kopenhagener Konferenz sobald wie möglich beginnen wird, für die Beendigung des Krieges zu arbeiten und für einen Frieden, der den Willen sämtlicher in den Krieg hineingezogener Nationen ausdrückt.

„Sozialdemokraten“ fügt hinzu: Selbstverständlich wurde diese Rede mit erbitterten Protesten der Rechten aufgenommen, der es übrigens doch nicht gelungen war, die bürgerliche Opposition zur vollständigen Erdrückung der Redefreiheit zu veranlassen und die Sozialdemokraten nicht zu Worte kommen zu lassen. Am nächsten Tage, als es sich um die Budgetbewilligung handelte, erklärte der Sozialdemokrat Tuliakoff, daß die innere Politik der Regierung und die Ausnahmestellung, in die die Partei dadurch versetzt sei, es erforderlich, daß die Partei dieser Regierung

jedes Budget verweigert. In der Budgetkommission hatte Tschaidze vorher dieselben Gesichtspunkte entwickelt. Hinzugefügt sei, daß die Wiedergabe dieser Erklärungen von der russischen Zensur verboten wurde. Ein Versuch der Sozialdemokraten, eine Interpellation wegen der Verhaftung ihrer fünf Parteimitglieder einzubringen, wozu die Unterschriften von dreißig Abgeordneten erforderlich sind, scheiterte an der Weigerung der Kadetten (!) mitzutun.

Die französische Presse gegen Guesde und Sembat.

Paris, 18. Februar. (W. L. V.) Die Beschlüsse des Londoner Sozialistenkongresses erregen in der ganzen Presse mit Ausnahme der sozialistischen einen wahren Entrüstungssturm. Schon die Äußerungen Sembats und Guesdes, daß die Völker frei über sich verfügen müßten, und daß die französischen Sozialisten nach dem Kriege den deutschen Sozialisten die Hand reichen wollen, werden scharf angegriffen mit dem Hinweis, daß Elsass-Lothringen ein integrierender Bestandteil Frankreichs sei und nicht zu wählen habe. Besonders aber werden Sembat und Guesde angegriffen, weil sie als Vertreter der französischen Regierung gegen das russische Regime zu protestieren wagten. Am schärfsten äußert sich „Liberté“, welche bereits gestern angebeutet hatte, daß Sembat und Guesde im Ministerium nicht am rechten Platze seien. „Liberté“ schreibt: Daß zwei französische Minister an dem Kongreß teilnahmen und dadurch die französische Regierung und das Land verpflichteten, das werde die öffentliche Meinung nicht zulassen und deswegen sofortige Remedur fordern. Sollten zwei französische Minister ungestraft eine derartige unerhörte Haltung einnehmen können? Wenn die Regierung und das Staatsoberhaupt sich von ihnen nicht trennen würden, so bedeute dies, daß sie ihre Haltung aufheben.

„Figaro“ erklärt, man müsse annehmen, daß die Regierung das Abenteuer der beiden sozialistischen Minister bedauere. Frankreich lebe in einer Zeit, in der man die öffentliche Meinung nicht verwirren dürfe. Eine Erklärung von hoher Stelle gegen diese gefährliche Irrfahrt scheine nicht überflüssig.

„République Française“ schreibt, es sei unerträglich, daß zwei Minister sich Protesten gegen die Unterdrückung der Finnländer und der russischen Juden in Polen angeschlossen hätten. Die französische Regierung dürfe zurzeit die russische Regierung nicht zensurieren. Sembat und Guesde hätten sich vielleicht als gute Sozialisten betragen, auf jeden Fall aber hätten sie gezeigt, daß sie mittelmäßige Patrioten und unerträgliche Minister seien. Ihre Demission sei kaum eine hinreichende Genugtuung.

„Libre Parole“ richtet die Anfrage an die Regierung, ob sie nicht das Bedürfnis fühle, kundzugeben, daß das Ministerium der heiligen Einigkeit mit Guesde und Sembat nicht solidarisierbar sei.

„Humanité“ schreibt, die sozialistischen Minister hätten nur ihre Pflicht erfüllt, wenn sie auf die Gefahr aufmerksam machen, welche ein verbündetes Land laufe, wenn es eine Politik durchführe, welche moralische Waffen in die Hände des Landes gebe. Man müsse sich beglückwünschen, daß die Londoner Konferenz einstimmig erklärte, daß der Krieg bis zum endlichen Siege durchgeführt werden müsse. Das sei die Tatsache, auf welche das Hauptgewicht zu legen sei.

„Lanterne“ erklärt, nur den Gegnern der Sozialisten sei es eingefallen, daß Sembat und Guesde auf dem Kongreß etwas anderes vertraten, als eine politische Partei in einer Parteiber-sammlung. Daß der Sozialismus durch den Krieg nicht vernichtet wurde, das sei für Reaktionäre und Rationalisten ein Anlaß zu höchster Verklüftung.

„Kampf bis zum Ende.“

Paris, 18. Februar. (Meldung der „Agence Havas“.) Die sozialistischen Parlamentarier treten Witterungsmittag zusammen. Der Londoner Antrag, in dem die Sozialisten der verbündeten Mächte den Willen ausdrücken, den Kampf bis ans Ende fortzusetzen, fand einstimmige Annahme.

Die englische Arbeiterpartei gegen die russische Verfolgungspolitik.

Amsterdam, 18. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) „Cytigen“ berichtet, daß Henderson, der Vorsitzende der Arbeiterpartei, sich beim Auswärtigen Amt für die russischen Gewerkschafter verhandelt habe. Grey erwiderte, er habe die Sache erwogen, fühle aber die Unmöglichkeit einer Aktion, da sie die innere Verwaltung und die Justiz des verbündeten Landes betreffe und die Diskussion einer so delikaten Frage in der jetzigen Zeit unzulässig sei.

Ein unglaublicher Freispruch!

Moskau, 18. Februar. (W. L. V.) Die Teilhaber an den Zerstörungen der deutschen Läden in Moskau wurden freigesprochen.

Sir Roger Casement.

An der Spitze der „Nord. Adgem. Zeitung“ teilt das Auswärtige Amt mit: „Sir Roger Casement hat dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes eine Abschrift seines an Sir Edward Grey gerichteten Briefes, der den gegen Sir Roger geplanten Anschlag des britischen Gesandten Pindlay in Christiania zum Gegenstande hat, übermittelt. Außerdem hat Sir Roger Casement dem Auswärtigen Amte die Originale der in seinem Besitz befindlichen, auf diesen Anschlag bezüglichen Dokumente vorgelegt. An der Richtigkeit der so ungeheuerlichen Anschuldigungen gegen die Agenten der britischen Regierung ist daher nicht mehr zu zweifeln.“

Herr Casement selbst erklärt, daß er nächstens nach Christiania fahren und der norwegischen Regierung die dokumentarischen Beweise für seine Behauptungen vorlegen werde.

Letzte Nachrichten.

Einstellung der schwedischen Schifffahrt nach England. Frankfurt a. M., 18. Februar. (W. L. V.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Stockholm vom 17. Februar: Im Schifffahrtsverkehr zwischen Schweden und England tritt infolge der morgen beginnenden Blockade der englischen Inseln eine Störung ein, die einem, wenigstens vorläufig, völligen Stillstand gleichkommt. Von den schwedischen Heimathäfen wird in den nächsten Tagen kein Schiff mehr nach England abgehen. Den Kapitänen der in englischen Häfen liegenden Schiffe haben die hiesigen Reederei telegraphisch anheimgestellt, ob sie die Heimreise noch wagen.

Brotkommissionsliste.

Nr.	Stadtbezirk	Vorfigender	Geschäftsraum	Nr.	Stadtbezirk	Vorfigender	Geschäftsraum
1	1, 2, 3, 4, 5	Rektor Schünemann	Hinter der Garnisonkirche 2, Konferenzzimmer	88	189D, 193H	Rektor Rietdorf	Pasteurstr. 5 parterre, Amtszimmer.
2	6, 7, 8, 9, 10	Lehrer Verthel	Niedertwallstr. 6/7, Hof I, Klassenzimmer.	89	188A, 194B	Rektor Lugenberger	Heinersdorfer Str. 18, Konferenzzimmer der 58. Gemeindefschule.
3	11, 12, 13, 14	Bez.-Vorst. Sperling	Unter den Linden 59.	90	194A, 194C, 199	Lehrer Großmann	Heinersdorfer Str. 18, Konferenzzimmer der 95. Gemeindefschule.
4	15, 16, 17, 18, 19, 20	Rektor Rajewski	Wohrenstr. 41, Volksbibliothek.	91	198, 200, 201	Rektor Golling	Georgenkirchplatz 18, Lehrmittelzimmer.
5	22, 23, 24, 25	Gundlach, Kunstbroschler, Mauerstr. 90	Zimmerstr. 90, Gewerbegericht.	92	202, 203, 204, 206, 206	Lehrer Theise	Dierichstr. 4, 9. Gemeindefschule, parterre links.
6	26, 27, 28	Rektor Hebel	Wilhelmstr. 117.	93	207, 208, 209	Rektor Weine	Wipstr. 23a, Konferenzzimmer.
7	21, 29, 30	Rektor Würbe	Wilhelmstr. 117.	94	210, 211, 212	Rektor Simon I	Wipstr. 23a, Zimmer der 8. Gemeindefschule.
8	31, 32, 33	Weschehn, Kaufmann, Königin-Augusta-Str. 51	Königin-Augusta-Str. 36, Reichsversicherungsamt	95	213, 214, 227	Rektor Höber	Koppenplatz 12, parterre links.
9	34, 35, 36	Rektor Sachse	Derfflingerstr. 18a, 2. Eingang.	96	215, 216, 217	Rektor Sperling	Auguststr. 67/8.
10	37, 38, 39	Rektor John	Genthner Str. 4, Konferenzzimmer.	97	218, 219, 220	Direktor Ohmstedt	Weissenburger Str. 8, Hof 1 Treppe.
11	40, 41, 42	Führer, Kaufmann, Sägewerksstr. 106	Städtische Lesehalle, Sägewerksstr. 106/110 I.	98	221, 222, 223, 225	Rektor Rafiner	Lehdenider Str. 17.
12	43, 44, 45	Rektor Bergschmidt	Steinwegstr. 79.	99	224, 226, 228	Rektor Döring	Lehdenider Str. 18, Zimmer 1.
13	46, 47A, 47B	Rektor Glaser	Winterfeldstr. 16, Klassenzimmer, part.	100	229, 230, 231, 232	Lehrer Deutner	Kuppiner Str. 47, Konferenzzimmer.
14	48A, 48B	Rektor Gost	Culmstr. 15, Zimmer 88 part.	101	233, 234	Rektor Legal	Schwedter Str. 234, Lehrerzimmer.
15	49, 50B	Rektor Schwägermann	Culmstr. 15, Konferenzzimmer.	102	235, 236, 251	Rektor Hentorf	Kuppiner Str. 48, Konferenzzimmer.
16	50, 51, 52, 53	Rektor Seidel	Zempelhofer Ufer 20.	103	237, 238, 239	Rektor Kurth	Brenzlauer Allee 227/8, Erdgeschoss Zimmer 40.
17	55, 56A, 57	Rektor Brüggemann	Zempelhofer Ufer 20, Konferenzzimmer 1.	104	240, 241, 242B	Rektor Hagemann	Christburger Str. 7, Konferenzzimmer der 239. Gemeindefschule.
18	54, 58, 59, 73	Rektor Matag	Zempelhofer Ufer 2, 2. Eingang, Hof, Zimmer 2	105	242A	Rektor Landt	Danziger Str. 23, Zimmer 4.
19	60, 61A, 61B	Lehrer Kaspriß, Mützenstr. 73a	Jagelberger Str. 34.	106	243A, 244	Rektor Grünert	Oderberger Str. 57, Zimmer 10, part. links.
20	62, 63, 64A	Rektor Felgin	Gneisenaustr. 7, Zimmer 11.	107	243B, 246D	Rektor Heimann	Pappelallee 30/31, parterre, Konferenzzimmer.
21	64B, 65, 68	Rektor Schulz VI	Gneisenaustr. 7, Konferenzzimmer.	108	242C, 247E	Rektor Herzog II	Danziger Str. 23, Zimmer 2.
22	66A, 67	Rektor Hört	Bergmannstr. 28/29, Konferenzzimmer.	109	246B, 246C	Rektor Gahn II	Griffenbager Str. 59/59.
23	69, 70, 71	Rektor Depone II	Baruther Str. 20, Bibliothekszimmer und Klassenzimmer links.	110	246A, 247A	Rektor Breuhner	Pappelallee 31, parterre.
24	73, 75A	Armen-Kommissions-Vorsteher Paul Engel	Wilmsstr. 10.	111	247B, 247C, 247D	Rektor Güllert	Senefelderstr. 6, Konferenzzimmer.
25	66B, 75B	Rektor Schlichting	Bergmannstr. 60/65, Konferenzzimmer.	112	248A, 248B, 248C, 248D	Rektor Schwermer	Scherenbergerstr. 6, Konferenzzimmer der 286. Gemeindefschule.
26	74, 77	Rektor Kieckle	Wilmsstr. 10, Konferenzzimmer der 28. Gemeindefschule.	113	249A, 249B	Rektor Sappe	Schönhauser Allee 103, Lehrerzimmer II.
27	76A, 76B	Rektor Hidermann	Dieffenbachstr. 60, Volksbibliothek.	114	249C, 249D	Rektor Schneisenbach	Nöfenstr. 17, Lehrerinnenzimmer.
28	76C, 78B	Rektor Korig	Gräefestr. 85/88.	115	249E, 249F	Rektor Döhne	Driefener Str. 22, Konferenzzimmer der 275. Gemeindefschule.
29	78A, 78C	Rektor Trinkauf	Dieffenbachstr. 51, Klassenzimmer 4, parterre.	116	250B, 250E	Rektor Pfuhl	Sonnenburger Str. 20, Konferenzzimmer der 274. Gemeindefschule.
30	79, 80, 81	Rektor Wilsch, Schlichte	Reichenberger Str. 188 L.	117	250C, 250D	Rektor Schwalenberg	Sonnenburger Str. 20, Konferenzzimmer.
31	82, 83, 84	Bez.-Vorst. Fieck	Reichenberger Str. 188 L.	118	245, 250A	Rektor Freitag	Eberwalder Str. 10, Konferenzzimmer.
32	85, 86, 88, 89	Rabnarz Wilm. Jungmann	Reichenberger Str. 188 L.	119	252, 253	Rektor Weidenhammer	Demminer Str. 27.
33	87, 90, 92	Rektor Gladbhorn	Reichenberger Str. 188 L.	120	254A, 254C	Rektor Rabenberg	Pustulfer Str. 22, Zimmer 49 I.
34	91, 93, 94, 95, 96	Rektor Salbach	Reichenberger Str. 44/45, Zimmer 13, part.	121	254B, 261A	Rektor Rupnow	Wattstr. 16, Lehrerinnenzimmer.
35	97, 98, 99	Rektor Huber	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	122	254D, 254E	Rektor Trautwein	Braunstr. 11, Klassenzimmer.
36	100, 101, 102	Rektor Schneider I	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	123	255, 256, 257	Rektor Andrich	Ullrichstr. 19, Konferenzzimmer.
37	103, 104, 105	Rektor Ullrich	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	124	258, 259	Rektor Fischer III	Strelitzer Str. 41a/42, Eing.: Knabenstraße, parterre Zimmer 33.
38	106, 108B	Rektor Euler	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	125	260, 261B	Rektor Schmanski	Strallunder Str. 54, Zimmer 3.
39	107A, 107B	Rektor Herzog I	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	126	261C, 262, 264	Rektor Sturm	Kerstr. 67, Zimmer 8 parterre.
40	108A, 109	Rektor Stredor	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	127	263, 265, 266	Rektor Bium	Bernauer Str. 89/90, Konferenzzimmer.
41	110, 111	Rektor Schulz IV	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	128	267, 268, 269	Rektor Richter I	Gartenstr. 107 B. parterre.
42	112A, 112B	Rektor Kaefer	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	129	270, 271	Rektor Bruke	Hannoversche Str. 20 II, Amtszimmer der Knabenschule.
43	113A, 113B	Rektor Verttam	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	130	272, 273, 274A	Rektor Schwarz II	Scharnhorstr. 12, Konferenzzimmer.
44	114, 115, 116	Hauptlehrer Martini	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	131	274B, 277	Rektor Krüger VIII	Pflugstr. 12, Zimmer 10.
45	117, 118, 119, 120	Rektor Krüger II	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	132	275, 276, 278	Rektor Sulz	Grenzstr. 8, Vorzimmer zum Amtszimmer.
46	121, 122, 123, 124, 125	Rektor Kubath	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	133	279, 280, 281, 282	Rektor Stiller	Albrechtstr. 20, Konferenzzimmer d. Mädchensch.
47	126, 127, 128, 129	Direktor Schuster	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	134	283, 284A, 285	Generaldirektor J. Friedrichs	Kronprinzenerufer 18.
48	130, 131, 132, 133	Rektor Engel	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	135	284B, 284C	Rektor Schwarz I	Wochener Str. 8, Zimmer 218.
49	134, 135, 136	Rektor Paplow	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	136	286, 287A	Rektor Loewentraub	Gerhardstr. 4/5.
50	137, 138, 139	Rektor Pöner	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	137	287B, 287C, 288B	Rektor Weiße	Alt-Roabit 23.
51	140, 141, 142, 143, 144	Rektor Benzel	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	138	288A, 289	Rektor Hüfing	Wochener Str. 8, Konferenzzimmer der 263. Gemeindefschule.
52	145, 146, 147	Rektor Ried	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	139	290B, 290C	Rektor Weper	Leibgöwstr. 26, Konferenzzimmer der 199. Gemeindefschule.
53	148, 149, 150	Rektor A. Krüger	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	140	290A, 292A	Rektor Zimm	Waldenserstr. 20/21, 254. Gemeindefschule, Sim. 7.
54	151, 152	Hauptlehrer Rennide	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	141	291A, 292C	Lehrer Krusemarx	Rostoder Str. 82, Konferenzzimmer der 222. Gemeindefschule.
55	154, 155, 156	Rektor Diemer	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	142	291B, 291C	Rektor Gramberg	Rostoder Str. 82, Konferenzzimmer der 216. Gemeindefschule.
56	153, 157, 158, 159	Rektor Köhse	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	143	292B, 298A	Rektor Kruber	Bieleffstr. 53/54.
57	160, 161	Rektor Schmidt VIII, Distelmeyerstr. 6	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	144	293B, 293C, 293D	Rektor Reinf	Simonsstr. 20.
58	162, 163, 164	Rektor Wadenberg	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	145	294A, 294B	Rektor William	Turnstr. 75 I, Zimmer 4.
59	165, 166	Rektor Belz	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	146	295, 296	Rektor Reinf	Bremer Str. 13/17, Amtszimmer.
60	167A, 167B, 177E	Rektor Ledmann II	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	147	297, 298A, 298B	Rektor Brunsow	Lützowstr. 115, Amtszimmer.
61	167C, 167D, 167E	Rektor Kobs	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	148	299, 300	Lehrer Bod, Perleberger Str. 23	Stephanstr. 2, Realschule.
62	168, 169, 170	Rektor Granitz	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	149	301, 302	Rektor Kowla	Turnstr. 86.
63	171, 172, 173	Rektor Böse	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	150	303A, 303B	Rektor Matuschke	Stephanstr. 3.
64	174, 175A, 175B	Rektor Müller II	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	151	304, 305	Lehrer Böcker, Sprengelstr. 23	Scharnhorstr. 12, Konferenzzimmer der 48. Gemeindefschule.
65	176, 177C	Lehrer Wepel	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	152	306, 307	Rektor Ronke	Radenerstr. 12, Zimmer 12, Knabenschule.
66	177B, 177D, 177F	Rektor Babczynski	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	153	308A, 308B	Rektor Heilmann	Müllerstr. 158/159, Zimmer 6a der 39. Gemeindefschule.
67	177A, 178B	Hauptlehrer Erber	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	154	308C, 308D	Rektor Winckel	Legeler Str. 18/20, Zimmer 39.
68	178A/178C, 179A	Rektor Krüger	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	155	308E, 309	Rektor Trettin	Ostender Str. 40.
69	179B, 179C	Rektor Nürnberg	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	156	310A, 310B, 310C	Rektor Kunsmann	Härticher Str. 47/48.
70	180A, 180B	Rektor Sonntag	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	157	310D, 310E, 311C	Rektor Risch	Müllerstr. 48, Konferenzzimmer.
71	180C, 180D	Rektor Behrend II	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	158	311A, 311B	Rektor Kahle	Schöningsstr. 17, Zimmer 50 II.
72	181C, 181K	Lehrer E. Schulze	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	159	311D, 312	Rektor Hoffmann IV	Schulstr. 100, Lehrerzimmer der Knabenschule.
73	181B, 181G, 181F	Rektor Sommer	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	160	313, 314C	Rektor Troß	Seerstr. 84, Barade 10.
74	181E, 181J	Rektor Knegebauer	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	161	314A, 314B	Rektor Buchholz	Antonstr. 10/11.
75	181A, 181D, 181H	Rektor Stahnle	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	162	314D, 315	Rektor Lange	Plantagenstr. 15.
76	182, 183, 197	Polizeiwachtmeister a. D. Herz, Gollnowstr. 24	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	163	316, 317	Rektor Bied	Pantstr. 20/22, Nebenraum der Turnhalle.
77	184, 185, 186, 187	Rektor Kochen	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	164	318, 319	Rektor Dittschlag	Hütigerstr. 17, Zimmer 18 bei Eing. I, Zimmer 18.
78	188, 195, 196	Rektor Dr. Koedler	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	165	320A, 320C	Rektor Girschberg	Prinzessallee 8, Zimmer 30, Konferenzzimmer der 97. Gemeindefschule.
79	189A, 190D	Rektor Blauert	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	166	320B, 322	Rektor Ulrich	Christiansstr. 4/6.
80	189B, 189C	Rektor Dr. Schlink	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	167	321A, 321B, 328A	Rektor Bieneke I	Prinzessallee 82/84, Konferenzzimmer.
81	189E, 190B, 190F	Rektor Meyer	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	168	323B, 324	Rektor Sporleder	Schulstr. 100, Lehrerzimmer der 77. Gemeindefschule.
82	190C, 190E	Rektor Lange	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	169	325A, 325B, 326D	Lehrer Volkmann	Jochliner Str. 4.
83	190A, 190G, 191	Rektor Arbis	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.	170	326A, 326B, 326C	Rektor Selbig	
84	193D, 193G	Lehrer Collatz	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.				
85	192A, 192B, 193F	Rektor Hennig	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.				
86	193B, 193E	Rektor Scholz I	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.				
87	189F, 193C	Rektor Karnowski	Mariannenufer 1a, II. Amtszimmer.				

Berlin, den 15. Februar 1915.

Magistrat der königlichen Haupt- und Residenzstadt.

Bermuth.

Otto Piehl

Berlin N, Brunnenstraße 120

Möbel

Büfett, Mahagoni
225 Mark

Wohnzimmer
Nusch 235 M.
Schlafzimmer
Elohe 295 M.

Moderne Küche
62 Mark

1 Schlaf- und
Wohnstube nebst
bunter Küche
230 Mark

Garnituren 100 M.

Schlafsofa
85 Mark

Divan
65 Mark

Schrank, nusch.
44 Mark

Bett mit Matr.
42 Mark

Ankleideschrank
3teilig, mit Spiegel
95 M.

Truhen
42 Mark

Ausrichtlosh
150-65 M.

Teilzahlung gestattet!

Die Sozialdemokratie Frankreichs und der Krieg.

In Februarheft des „Kampf“, der ausgezeichneten Monatschrift der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie, veröffentlicht Fritz Adler unter diesem Titel einen Artikel, der jetzt Aktualität besitzt und vielfach mit unseren Auffassungen übereinstimmt.

Im August waren die kriegführenden Staaten voneinander beinahe absolut isoliert. Auch in den späteren Monaten des Krieges war die gegenseitige Kenntnis der öffentlichen Meinung auf ein Minimum reduziert, da ja in jedem der kriegführenden Staaten nur solche Nachrichten zur Verbreitung kommen konnten, die seinen Kriegsinteressen entsprachen. Die Völker waren voneinander getrennt, als wohnen sie auf verschiedenen Planeten, und in jedem Fall entstand die Kriegseinstimmung auf Grund einer anderen Perspektive in der Auffassung der Tatsachen. Die französischen Arbeiter hatten ebenso wie die deutschen das unumstößliche Bewußtsein, die Angegriffenen zu sein und einen reinen Verteidigungskrieg zu führen. Einem künftigen Historiker wird sich eine äußerst interessante Arbeit bieten, wenn er vergleicht, wie in den verschiedenen Ländern mit getragener vollkommener Parallelität aus verschiedener Gruppierung und Auffassung der Tatsachen die absolute Gleichentwicklung der Kriegspolitis hervorgeht. Während in Deutschland die ganze öffentliche Meinung in den ersten Augusttagen von den Nachrichten über die Mobilisierung in Rußland beherbergt war, spielen diese Tatsachen in Frankreich gar keine Rolle. Dagegen waren dort bereits am 2. August alle Zeitungen von der Nachricht des Einmarsches der Deutschen in das neutrale Luxemburg beherrscht, eine Tatsache, die in Deutschland erst drei Tage später aus der Rede des Reichskanzlers bekannt wurde. Noch augenfälliger ist der Parallelismus in den falschen Gerüchten, die zur Verbreitung kamen. Während die Zeitungen in Deutschland und Österreich am 2. August die Meldung brachten, daß französische Krieger Wunden auf Rügenberg abgeworfen, findet sich in den französischen Zeitungen des selben Tages dieselbe Nachricht bezüglich Lumballes, wo der Bombenwurf von deutschen Fliegern unterommen worden sein soll. Beide Nachrichten wirkten außerordentlich aufregend, erwiesen sich aber später als falsch. Auch die Nachrichten über die Haltung und das Schicksal der sozialistischen Parteien jenseits der Grenzen weisen dieselbe Ähnlichkeit auf. In Frankreich war das Gerücht verbreitet, daß die deutsche Regierung die gesamte sozialdemokratische Presse unterdrückt, alle Vereine aufgelöst habe und die Arbeiterklasse im schärfsten Gegensatz zum Krieg stehe. Umgekehrt war in Deutschland und Österreich — ganz abgesehen von den Hoffnungen auf die Revolution in Rußland — am 2. August sogar das Gerücht verbreitet, die Ermordung Jaurès habe einen Aufstand des Pariser Proletariats hervorgerufen, Poincaré sei ermordet worden. Ebenso wichtig wie die Nachrichten über Deutschland waren die über Frankreich. Von einem Gegensatz gegen die Regierung aus Anlaß der Ermordung des großen sozialistischen Führers war keine Rede, im Gegenteil, der Ministerpräsident Briand geleitete die Witter des Dahingegangenen während der ganzen Trauerhandlung und war der erste unter den Rednern, die bei derselben sprachen. Während in Deutschland und Österreich die Annahme gemacht wurde, daß, wenn der Mörder kein Soldat der Monarchisten sei, er unbedingt ein Werkzeuge der russischen Kriegspolitik sein müsse, löste der Mord in Frankreich tatsächlich keinen Gegensatz zu den Kriegsinteressen des Landes aus, ja wurde sogar schließlich der absurde Gedanke angedenkt, daß der Landesfeind der Anführer zur Verteidigung des großen Friedensopferdasein sei. Es wurden in Frankreich nur solche Tatsachen und Gerüchte bekanntgegeben, und jede Tatsache wieder nur in solcher Beleuchtung, daß als einziger Eindruck übrig blieb, daß Frankreich in einem von Deutschland aufgezwungenen Verteidigungskrieg stehe, ein Eindruck, der auf das höchste gesteigert wurde durch die Nachrichten über die Ereignisse in Belgien.

Wenn man die Politik der Arbeiterklasse eines Landes in jener kritischen Zeit werden will, dann kann man nicht ausgehen von der Perspektive, in der die Tatsachen in anderen Ländern gesehen wurden, ja man kann auch nicht ausgehen von den Tatsachen, wie sie sich später bei kritischer Prüfung objektiv ergeben, sondern man muß die Einstellung berücksichtigen, die sie entsprechend der Isoliertheit der einzelnen Länder und deren Kriegspolitik erfahren mußten. Erst heute,

nachdem uns die „Humanität“ aus der ganzen Kriegszeit zugänglich ist, können wir versuchen, ein Bild der Entwicklung der Stimmungen und Anschauungen des französischen Sozialismus zu gewinnen. Dieses Bild wird keineswegs ein abschließendes sein können, da wir naturgemäß über viele interne Vorgänge in der Partei nicht unterrichtet sein können. Aber eines steht schon heute fest: die Sozialdemokratie in Frankreich stellte während der Kriegszeit im guten wie im bösen ein absolut getreues Spiegelbild der Sozialdemokratie in Deutschland dar. Die gleiche Entschiedenheit in der Vaterlandsverteidigung, der gleiche Gedanke, im Krieg für die Demokratie Europas zu stehen, die gleiche Opferwilligkeit, die gleiche Tatkraft, die gleichen Hoffnungen und die gleichen Illusionen. Die deutschen und die französischen Sozialisten haben einander nichts vorzuwerfen, was sie sich nicht selbst vorwerfen konnten. Die Methode der Selbstkritik ist auch die einzige, die die Gefahr ausschließt, anstatt die Lebensmöglichkeiten der Internationale zu fördern, den Krieg in sie zu drängen. Grundsätzlich war dieser Prozeß der Selbstbestimmung auch in Frankreich schon bemerkbar, erhebt sich eine immer stärker werdende Opposition, insbesondere gegen die Tendenzen, die durch Bailant repräsentiert sind, über die wir im folgenden noch zu sprechen haben werden. Nicht um zu richten, sondern um zu lernen. Denn gerade eines der Hauptprobleme, die der Krieg dem Sozialismus stellt, tritt in Frankreich in einer Durchsichtigkeit auf, wie kaum in einem anderen Lande.

Am 16. Juli stimmte der Sozialistische Kongreß in Paris darüber ab, welche Vorschläge er der Internationale bezüglich des Verhaltens im Kriegsfalle machen wolle. Acht Tage später war der europäische Krieg zur unmittelbaren Gefahr geworden und nach weiteren zehn Tagen der Krieg an Frankreich erklärt. Man muß diese Zusammenhänge der Ereignisse in der Zeit sich ins Gedächtnis rufen, um die ganze dramatische Wucht des Geschehens jener Tage zu erfassen. Zwar ist es nicht richtig, daß die französische Sozialdemokratie auf jenem Pariser Kongreß den Generalstreik im Kriegsfalle als ihre Tatkraft beschlossen hätte, aber der Pariser Kongreß war vollständig vom Gedanken der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse beherrscht und aller Wille gerichtet auf den Kampf gegen jene Mächte, deren Interessen zum Kriege treiben. Dieser Geist der internationalen Solidarität des Proletariats hat in Frankreich trotz der größten Schwierigkeiten immer festeren Fuß gefaßt. Er hatte nicht nur zu kämpfen mit den Vertretern der reaktionärsten Soldateska und dem Chauvinismus der monarchistischen Konterrevolutionäre, sondern er mußte sich auch mit den stärksten revolutionären Traditionen in den eigenen Reihen auseinandersetzen, die alle mit dem Patriotismus verknüpft sind. Für die Franzosen ist die Geschichte der Revolution geradezu die Geschichte Frankreichs. 1789 ebenso wie 1848 ist Frankreich der Herd, von dem das Feuer der Umwälzung seinen Ausgang nimmt. Aber nach mehr. Die Verteidigung Frankreichs gegen den äußeren Feind ist die Verteidigung der Sache der Revolution. Im Juli 1792 erklärt das Parlament einstimmig den Aufruf: „Zahlreiche Truppen nähern sich unseren Grenzen. Alle Feinde der Freiheit bewaffnen sich gegen unsere Konstitution. Bürger! Das Vaterland ist in Gefahr!“ Und derselbe Ruf „Das Vaterland ist in Gefahr!“ erklang im September 1870. Napoleon III. war gestürzt, die Republik ausgerufen und die siegreichen Deutschen standen vor Paris. Da nahm der revolutionäre Sozialist Blanqui die alte Losung „La patrie en danger“ wieder auf. Die Verteidigung von Paris, die Verteidigung des Landes gegen den äußeren Feind, das war die Verteidigung der wiedereroberten Republik.

So knüpft in Frankreich die Landesverteidigung, die dort zusam-

Der Vorwurf, der immer wieder gegen unsere französischen Genossen erhoben wird — wie dies auch wieder von Wolfgang Heine in den „Sozialistischen Monatsheften“ vom 21. Jänner 1915 geschieht —, daß sie „mit sehr viel großen Worten“ vom Generalstreik geredet hätten, aber nicht einmal daran gedacht hätten, ihn zu verwirklichen, beruht auf einer ungenauen Kenntnis der Tatsachen. Die Resolution Jaurès-Bailant, die der Pariser Kongreß annahm, hand den Generalstreik ausdrücklich an die Bedingung, daß er „gleichzeitig und international“ organisiert werde. Nur wenn die anderen Länder zugestimmt hätten, wären die Franzosen zum Generalstreik verpflichtet gewesen. Die Marxistische Minderheit unter der Führung von Guédo und Compère-Morel, die ausdrücklich die präzisere Fassung der neuen Resolution gegenüber früheren Formulierungen anerkannte, wandte sich dennoch gegen sie, da deren „praktische Wirksamkeit nur die Niederlage desjenigen Landes, dessen Proletariat am besten organisiert ist und am treuesten an den Beschlüssen der Internationale festhält, zum Vorteil des Landes, das am wenigsten sozialistisch organisiert ist, herbeiführen kann“.

menfällt mit der Verteidigung der Nation, an die härtesten revolutionären und proletarischen Traditionen an. Der Patriotismus ist in der französischen sozialistischen Partei bis heute ein stets lebendiges Element geblieben und wurde auch dadurch nicht beeinträchtigt, daß die Republik sich immer mehr in ihrer kapitalistischen Radikalität offenbarte.

Allerdings wurde bei Jaurès ebenso wie bei den anderen Sozialisten Frankreichs gegenüber allen unklaren Illusionen immer deutlicher der Gedanke herausgearbeitet, daß die Landesverteidigung zwar eine unabwendbare Notwendigkeit für das Proletariat sei, die Erziehung des Sozialismus sich dagegen nicht auf den Krieg stützen können, sondern nur auf den Klassenkampf und daß daher alle Energie einzusetzen sei für die Erhaltung des Friedens.

Eine der wichtigsten Zeitgedanken der Friedenspolitik von Jaurès war, das ganze System der Arme einzig auf die Bedürfnisse der Landesverteidigung aufzubauen und Eroberungskriege durch dieses Armeesystem selbst vorzudenken. In seinem großen Werk „Die neue Armee“ formuliert er sein Problem geradezu folgendermaßen: „Wie kann man für Frankreich und die unsichere Welt, die es umgibt, die Friedensmöglichkeiten bis zum äußersten steigern? Und wenn trotz seiner Bemühungen und trotz seines Willens, den Frieden zu wollen, das Land angegriffen wird, wie sind dann am besten die Maßnahmen auf Rettung, die Mittel zum Siege zu vermehren?“ Seine Heberzeugung, die immer wieder in seinem Werke hervortritt, ist, daß die Organisation der nationalen Verteidigung und die Organisation des internationalen Friedens solidarisch verbunden sind.

Die Organisation der Landesverteidigung erscheint Jaurès als ebenso wichtige Vorbedingung für die Erhaltung des Friedens wie die Vorbereitung des internationalen Generalstreiks. Auch am Pariser Kongreß im Juli betont er noch in seinem Referat für den Generalstreik im Kriegsfalle, daß die Resolutionen der früheren Kongresse mit gleichem Gewicht den Kampf gegen den Imperialismus und gegen den Krieg wie den Schutz der Unabhängigkeit jedes Landes fordern.

Wir haben hier nicht zu untersuchen, ob nicht in der Praxis im Übergangsstadium vom Generalstreik zum Kampf für den Schutz der Unabhängigkeit des Landes sich recht erhebliche Schwierigkeiten ergeben könnten, wie konstatiert nur, daß in der französischen Partei die beiden Tendenzen, Kampf für die Erhaltung des Friedens mit allen Mitteln und bedingungslose Einsetzung aller Kräfte für die Landesverteidigung, wenn der Krieg nicht zu verhindern ist, nebeneinander gleich lebendig lebten.

Diese Gedanken beherrschten die übergroße Mehrheit der Partei und der einzige, der sich zurzeit des Stuttgarter Kongresses (1907) bewußt in Gegensatz zu der Forderung der Landesverteidigung gestellt hatte, Gustave Herris, hat sich schon lange vor dem Krieg zu den Gedanken der Mehrheit der Partei bekehrt. Die Partei anerkannte die Notwendigkeit der Verteidigung des Landes gegen feindliche Angriffe in einem solchen Grad, daß sie bei Ausbruch des Krieges ohne weiteres den Patriotismus und den Sozialismus als Größen gleicher Ordnung ansah. Immer wieder während des Krieges wurde der Satz wiederholt, den Bailant in der Versammlung am 2. August ausgesprochen, daß die Sozialisten gleichermassen ihre patriotische Pflicht wie ihre sozialistische Pflicht erfüllen werden.

Politische Uebersicht.

Das Kriegsziel.

Der Hauptvorstand des Vereins Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller hat auf Anregung des Abgeordneten Dr. Deumer folgenden Beschlus Antrag angenommen:

Zur den Fall einer siegreichen Beendigung des Krieges, die von der deutschen Eisenindustrie mit voller Zuversicht erwartet wird, darf nur ein Frieden geschlossen werden, der in ganzem Umfange den unermeßlichen Opfern entspricht, die Deutschlands Volk während des Krieges gebracht hat und noch täglich bringt. Zu diesem Zweck dürfen:

- 1. die Friedensverhandlungen nicht den Diplomaten allein überlassen bleiben;
2. muß der Frieden eine Vermehrung der deutschen Seegeltung und eine Erweiterung der Siedelungsgebiete für die deutschen Kolonien bringen;
3. müssen bezüglich der Gestaltung der Kolonialverhältnisse in einem größeren Deutschland die Vertretungen

Die Eisenbahnen im Kriege.

Von Richard Gädde.

In knappen Worten schildert die deutsche Feldlinienordnung die Aufgabe der Eisenbahnen im Kriege: Sie haben für die gesamte Kriegsführung entscheidende Bedeutung. Sie sind von größter Wichtigkeit für die Mobilisierung, den Aufmarsch und die Erhaltung der Schlagfertigkeit des Heeres. Sie ermöglichen Verschiebung von Heeresteilen während der Operationen. Das hängt so schlicht und einfach, so fühl und fasslich, daß man kaum ahnt, welche unendliche Flüße von Arbeit, welche Anstrengungen zur Erfüllung der Forderungen notwendig sind, die hier an die Eisenbahnen gestellt werden. In der Tat aber haben die deutschen Eisenbahnen an allen Erfolgen, die unsere Heere bisher erreicht haben, ihren wohlverdienten Anteil, ohne sie wäre diese Kriegsführung überhaupt nicht möglich gewesen. Nebenbei mache ich darauf aufmerksam, daß die bei ihrer Anlage ausgegebenen Riesensummen nicht nutzlos für den Krieg gebrachte Opfer darstellen, sondern in gleicher und beinahe noch höherer Weise dem friedlichen Leben des Volkes dienen, das glücklicherweise die Regel bildet. Wie sie unsere kriegerische Kraft verhehrt haben, so bilden sie zugleich einen wichtigen Teil unseres Nationalvermögens, das starke Rückgrat unserer Wirtschaft und unserer Finanzen. Man wird selten eine so glückliche Vereinigung kriegerischen und friedlichen Nutzens finden.

Die Verwendung der Bahnen zu Kriegszwecken ist zum ersten Male im Kriege 1806 zwischen Franzosen und Österreichern in größerem Maßstabe erfolgt; hier auch wurden sie zum ersten Male zur strategischen Verschiebung eines Heereskorps verwendet — allerdings mehr zufällig als ein glücklicher Einfall der französischen Kriegsführung. Der erste General, der ihre Bedeutung voll erkannte und in seine strategische Rechnung als wirksames Element einsetzte, war der größte deutsche Kriegsmaster des 19. Jahrhunderts, Feldmarschall Graf Moltke. Es ist bezeichnend, daß er seine ersten, durch literarische Arbeiten erworbenen Erfahrungen in Afrika der Berlin-Kagdenburger Bahn anlegte — und damit übrigens ein recht gutes Geschäft machte. Im deutschen Bundeskrieg von 1866 wurde die anfängliche Versammlung des Heeres gegen die sächsisch-österreichische Grenze geradezu von der Lage der Eisenbahnlinien abhängig gemacht. Sie bezeugte bekanntlich erstenmal Tadel innerhalb des Heeres selbst und führte zu einer Belehrung Moltkes durch den General v. Steinmetz, die freilich mit voller Ironie abgefeuert wurde. Im Feldzuge von 1870 gestaltete unsere wohl vorbereitete Mobilisierung und unser gut ausgebautes Eisenbahnen, unseren Aufmarsch an die Grenze zu verlegen und die Vorhänd der kriegerischen Bewegungen an uns zu reichen, die uns während des ganzen Verlaufes des Feldzuges nicht wieder verloren ging.

Später wurden dann bei der weiteren Entwicklung des Eisenbahnwesens die strategischen Gesichtspunkte von vornherein berücksichtig.

Man richtete den Aufmarsch nicht mehr nach den vorhandenen Bahnen, sondern baute diese nach den Bedürfnissen der voraussetzlichen Kriegsschauplätze aus. Oft wurden auch einzelne Strecken gebaut, deren Wert für das Wirtschaftsleben gering, um so größer aber für die rasche Heranschaffung unserer Truppen in die Grenzgebiete waren. So legte man z. B. die Berlin-Bespre-Weher Bahn, die „Kanonenbahn“, an; und Ostpreußen erhielt allmählich ein dichtes Bahnnetz. Dasselbe gilt auch von Elb-Lothringen und zum Teil für die Rheinprovinz. Seit langer Zeit sehen wir hier eine vorausschauende Fürsorge, die mit dem Anschwellen unserer Streitkräfte sich fortwährend steigerte und nunmehr ihre Früchte trägt.

Im Vertrauen auf dieses dichte, unseren Kriegsplänen entsprechend angelegte Bahnnetz und im gleichen Vertrauen auf die geschickte Vorbereitung und den glatten Verlauf der Mobilisierung konnten wir Ende Juli des vergangenen Jahres mit der Erklärung des Kriegszustandes bis zum letzten Augenblicke warten und unsern Gegnern ruhig einen Vorsprung gewähren. Allerdings hatte auch Frankreich sein Eisenbahnnetz wesentlich vervollkommenet, und selbst in Rußland in seinen weiträumigen Provinzen die Jahre seit dem japanischen Kriege zum besten Ausbau der Bahnen benutzt. In Zahl und Leistungsfähigkeit der Linien übertrifft sie uns nicht gleich. Obwohl es keinem Zweifel unterliegt, daß beide Staaten etwa 8 Tage vor uns mit ihren Vorbereitungen begannen (französische Reserveoffiziere wurden z. B. um diese Zeit bereits nach Osnabrück beordert), sind wir schließlich doch schneller als sie schlagfertig geworden. Schon diese Leistung unserer Bahnen bei der Sammlung unserer Millionen von Ergänzungsmannschaften und von Hunderttausenden von Pferden waren schließlich bewundernswürdig; sie zeigten mit dem ersten Tage, fast mit der ersten Stunde der Mobilisierung ein, ohne den Friedensverleher vollkommen zu hemmen.

Weit größer aber ist ihre Bedeutung für den Aufmarsch geworden. Die überwältigend rasche Versammlung unseres Heeres an der Westgrenze ist eine Gangesleistung, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat. Hier hat die organisatorische Begabung des deutschen Volkes, aber auch die Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit, die volle Hingabe seiner Offiziere und Beamten Truppen gezeigt. Hier erfüllten unsere Soldate ihre erste große Enttäuschung: wir standen eher bereit als sie! Allerdings kam hinzu die schnelle Ueberrettung der belgischen Grenzfestungen und das atemlose Vordrängen unserer Armeekorps.

Natürlich sind die Leistungen der Bahnen nur bei strenger Zentralisierung des gesamten Militär-Eisenbahnwesens möglich; sie vollzieht sich im Frieden in der Eisenbahn-Abteilung des Großen Generalstabs; im Kriege liegt sie in der Hand des Chefs des Reichseisenbahnwesens. Allerdings pflegt der Chef der Eisenbahn-Abteilung im Frieden diesen Posten im Kriege zu übernehmen. Monatelang können die Offiziere der Eisenbahn-Abteilung nur wenig Ruhe und Erholung, sie arbeiten stellenweise bis tief in die Nacht hinein. Dafür braucht der Chef beim Beginn der Mobilisierung nur auf den Knopf zu drücken, und alles widert sich programmäßig und fast ohne Rücksagen ab. Jedenfalls werden Rückfragen sehr ungern gesehen, weil man mit

Recht an die umsichtige und verantwortliche Selbsttätigkeit der einzelnen die denkbar höchsten Anforderungen stellt. Die Militär zwischen den militärischen Zentralbehörden und den Bahnverwaltungen bilden die Linienkommandanturen, die am Ende der letzteren die Erfüllung der militärischen Anforderungen regeln und deren Ausführung überwachen.

Auf dem Kriegsschauplatz selbst aber und von einer bestimmten, jedesmal bestimmter Linie an, geben auch Verwaltung und Betrieb in den ausschließlichen Dienst der Militärbehörden über, denen hierfür unsere Eisenbahnerregimente unterstehen, deren Rahmen sich bei der Mobilisierung natürlich außerordentlich erweitert. Ihnen liegt auch die Instandsetzung geschörter Bahnen, die Wiederherstellung oder der Ersatz von Eisenbahnbrücken, die Anlage neuer Strecken ab. Also auch auf persönlichem Gebiete sehen wir eine ausgedehnte und bis ins einzelne verzweigte und geordnete Organisation vor uns.

Nach vollzogenem Aufmarsch sollen die Bahnen nicht nur den Friedensverkehr zugunsten unseres Wirtschaftslebens in möglichst großem Umfange wieder aufnehmen, sondern zugleich dem Heere den für seine Schlagfertigkeit unaußerlich erforderlichen Substanzbedarf, die Lebensmittel, Ausrüstungsgegenstände, den Ersatz an Konsumgütern, Pferden, Geschützen, Gewehren zuführen. Man mag sich meist keinen Begriff davon, was das bei Heeren von 1 1/2, von 2, von 2 1/2 Millionen Menschen und mehr als einer halben Million Pferden bedeutet. Solche Heere können auf längere Zeit überhaupt nicht mehr vom Lande leben; das Magazinwesen und die Zufuhr aus der Heimat treten wieder in ihre Rechte. Das erfordert einen ungemein ausgedehnten und komplizierten Apparat. Der Wagen des Heeres — Wagen im weitesten Sinne genommen — entscheidet über den Erfolg des Krieges ebenso wie seine Weine und seine militärische Tüchtigkeit; an der Wagenfrage sind oft die glänzendsten Unternehmungen großer Feldherren gescheitert. Das deutsche Heer unseres Krieges steht in dieser Beziehung sehr hoch da; und wie wollen uns in diesem Artikel nicht dadurch betören lassen, daß einzelne Truppenteile zu einzelnen Zeiten haben tunen und selbst hungern müssen. Unvermeidliche Uebel eines energisch geführten Krieges, die mit in den Kauf genommen werden müssen! Wir dürfen uns damit trösten, daß sie sich noch nie in so geringem Maße verbreiteten wie diesmal, und daß unsere Feinde, besonders auf dem östlichen Kriegsschauplatz, unter ihnen viel mehr haben leiden müssen. Mehrere Zehntausende von Russen haben sich allein aus Hunger ergeben.

Ich behalte einem anderen Artikel die Verwendung der Eisenbahnen zu strategischen Zwecken der Verschiebung von Heereskorps oder, wie man richtiger sagen muß, dem Hin- und Herwerfen ganzer großer Heere von einem Kriegsschauplatz zum andern vor. Wir alle haben es erlebt und erleben es täglich von neuem, daß auf diesem Gebiete die wirksamsten und glänzendsten Leistungen unserer Eisenbahnen liegen. Die Aussicht auf den vollständigen großen Erfolg beruht nicht zum geringsten Teile auf dieser ab und an genialen Verwendung unseres dichten Bahnnetzes. Nur ein Generalstab, der dieses Instrument handhabt, wie ein großer Künstler seine Fäden, vermag dem Feldherren die Ausführung seiner Pläne zu gewährleisten.

der deutschen Erwerbsstände in ausgiebiger Weise gehört werden.

Der ersten Forderung kann man nur allgemein zustimmen. Was Punkt 3 anbetrifft, so darf dabei nicht vergessen werden, daß der wichtigste Erwerbsstand die deutsche Arbeiterschaft bildet. In der zweiten Forderung ist unsere ablehnende Stellungnahme bekannt.

Gegenüber den Wünschen von Dr. Stresemann und Bachhorst de Wente nach einem „größeren“ Deutschland bemerkt das „Berliner Tageblatt“:

„Daß der Krieg, wenn er siegreich zu Ende geführt sein wird, nicht resultatlos verlaufen dürfe, ist die allgemeine Ueberzeugung. Schwieriger ist es schon, zu entscheiden, wie das „größere Deutschland“ aussehen solle. Als solche rednerischen Wendungen, die die Abgeordneten Stresemann und Bachhorst de Wente hier vorgebracht haben, werden ja immer in einer Versammlung Beifall finden, aber wir glauben, daß große Politik nur mit ruhiger, alle Seiten eines Problems in Betracht ziehender Ueberlegung und nicht mit Schlagworten gemacht werden kann. Das wichtigste Kriegsziel ist die Umgestaltung der politischen Situation und, damit verbunden, die dauernde Sicherung des Friedens. Bei den einzelnen, im übrigen sehr verschiedenartigen Wünschen, die sich auf ein „größeres Deutschland“ beziehen, wird vor allem gewissenhaft, in genauer Kenntnis der Sachlage, zu prüfen sein, ob ihre Verwirklichung diesem Ziele dienen würde.“

Zur Brotverforgung.

Berlin, 18. Februar. (W. L. B.) In der Uebergangszeit, bis die Wehlzuweitung vollständig in Tätigkeit ist, haben sich manchen Orten Störungen in der Wehlverforgung gezeigt, wobei es nicht an Wehl überhaupt, sondern nur an Roggenmehl fehlt. Um derartige Verlegenheiten zu beseitigen, hat der Bundesrat den Landeszentralbehörden oder den von ihnen bestimmten Behörden die Befugnis gegeben, die einschlägigen Vorschriften über das Ausmaß der Brotgetreide sowie über die Bereitung von Backware vorübergehend im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses abzuändern. Die Behörden sollen ermächtigt werden, je nach den Umständen vorzuschreiben, daß dem Weizenmehl nicht 30, sondern z. B. nur 15 Prozent Roggenmehl zuzumischen sind, oder daß die Bäcker bei der Bereitung von Weizenbrot an Stelle des Roggenmehls einen Zusatz von Kartoffel, von Gerstemehl, Maismehl, Hafermehl oder ähnliches zu verwenden haben.

Gegen die Erhöhung der Kartoffelpreise.

Die Diebesfelder Handelskammer hat in einer Eingabe an den Staatssekretär des Innern gegen die Erhöhung des Kartoffelpreises protestiert. Es heißt darin: „Es wird im wesentlichen eine Verteuerung der Lebenshaltung der Bevölkerung erreicht werden, die in der jetzigen Zeit nach Möglichkeit vermieden werden müßte. Wir sind der Ansicht, daß der bestehenden Notlage nur durch eine Bestandaufnahme der vorhandenen Kartoffeln und eine sachgemäße Verteilung für den Verbrauch erfolgreich entgegengegriffen werden kann.“

Hochpreise für Schweine.

Die „S. J.“ am Mittag berichtet gegenüber dem „Vollanzeiger“ auf Grund von Mittellungen, die ihr von maßgebender Seite zugegangen sind, auf das bestimmteste, daß sich der Bundesrat in den nächsten Tagen mit einer Festlegung der Schweinepreise befassen wird.

Wahrscheinlich beruht die Differenz zwischen den beiden Blättern darauf, daß sie sich bei verschiedenen „maßgebenden Stellen“ erkundigt haben. Wie in der Frage der Brotverforgung scheinen also auch hier für schleunige, durchgreifende Beschlüsse sehr fördernde Meinungsverschiedenheiten zwischen den in Betracht kommenden Instanzen vorzuliegen.

Kriegsgefangene als Bergarbeiter.

Ein niederrheinisches Parteiblatt erhält folgende Nachricht aus Bergarbeiterkreisen:

„Es ist trotz dem Proteste der Bergarbeiter und ihrer Organisation doch zur Beschäftigung von Kriegsgefangenen in der Grube gekommen. Auf der Zeche „Rein III“ in Dehosen und auf der Zeche „Sohberg“ in Dinslaken werden seit der vorigen Woche je 100 Kriegsgefangene Franzosen (angeblich sollen es nur Bergarbeiter sein) in der Grube beschäftigt. Für die Bergarbeiter besteht trotz dem angeblichen Arbeitermangel im Bezirke des Arbeitsnachweises noch immer die Sperre, und kann kein Bergarbeiter im Bereiche des Arbeitsnachweises Arbeit bekommen, oder er muß erst ein halbes Jahr auswärts gearbeitet haben.“

Nach einer Meldung der „Arenzzeitung“ werden ähnliche Maßnahmen für Oberschlesien erwogen. An einer Konferenz von Unternehmern, die sich mit dieser Frage beschäftigte, nahmen auch Vertreter des zuständigen Generalkommandos teil.

Das erwähnte Parteiblatt bemerkt zu der Zuschrift:

„Genosse Sachse sagte in der am Sonntag in Duisburg stattgehabten Gewerkschaftsversammlung, die Position der Arbeiterbewegung habe sich durch die Haltung der Fraktion wesentlich gebessert. Nun vermochte aber Genosse Sachse selbst von der „gebesserten Position“ aus nicht einmal zu erreichen, daß Kriegsgefangene aus den Gruben ferngehalten werden, noch daß die Sperre aufgehoben wird, unter der die Bergarbeiter leiden.“

Wir möchten betonen, daß einer Verwendung von Gefangenen in der Industrie noch erheblichere Bedenken entgegenstehen als der Beschäftigung von Gefangenen in der Landwirtschaft.

Kriegsgefangene als Landarbeiter.

Das Kriegsministerium hat jetzt Bestimmungen über die Verwendung von Kriegsgefangenen als Landarbeiter erlassen. In der Regel sollen nur Truppen von 80 bis 100 Mann abgegeben werden, unter besonderen Umständen werden aber auch kleinere Truppen, bis herunter zu 10 Mann, zur Verfügung gestellt. Für Unterbringung und Verpflegung der Gefangenen haben die Landwirte zu sorgen, und ebenso haben sie auch alle Kosten für das Bewachungspersonal zu tragen. Liegt die Arbeitsstätte nahe an einem schon bestehenden Gefangenenlager und werden die Kriegsgefangenen täglich von dort gebracht, so ist für die Unterbringung ein Satz von 15 Pf. für den Kopf und Tag (auch der Bewachung) an die Gereserverwaltung zu zahlen. Transportkosten haben die Arbeitgeber zu tragen, wobei zu bemerken ist, daß für Kriegsgefangene keine Präzedenzen gewährt werden, sondern der Fahrpreis 4. Klasse zu entrichten ist. Außerdem erhalten die Gefangenen für ihre Arbeit eine Abfindung, die ebenfalls an die Gereserverwaltung zu zahlen ist und 25 Pf. für jede Stunde, die über fünfstündige Arbeitsdauer hinausgeht, beträgt; als Ansporn für bessere Leistungen darf dieser Satz jedoch bis auf 10 Pf. gesteigert werden.

In einer Zuschrift an die „Deutsche Tageszeitung“ wird nun empfohlen, die Beschäftigung von mehreren Gefangenenabteilungen überall, wo für größere keine Verwendung ist, zu ermöglichen; gütigfalls könnte die Bewachung dabei auch wohl durch Leute er-

gänzt werden, die die Dörfer oder Gutshöfe stellen. Den Schwierigkeiten wegen der Unterbringung der Gefangenen dürfte wohl in den meisten Fällen zu begegnen sein, da sie nötigenfalls auch in Scheunen Unterkunft finden können. Allerdings sollten in dieser Beziehung keine übertriebenen Anforderungen gestellt werden; um so weniger, als die Arbeit in frischer Luft durchaus gesundheitsfördernd wirkt.

Jedenfalls muß dafür gesorgt werden, daß die Gefangenen auf den Gütern nicht etwa schlechter, als wie in den Gefangenenlagern untergebracht werden.

Den Landwirten wird durch die Möglichkeit, so billige Arbeiter zu bekommen, schon Eingegenkommen genug bewiesen. Die Zuweisung von Gefangenen sollte überhaupt erst dann erfolgen, wenn die Bewerber den Nachweis liefern, daß sie andere Arbeiter nicht beschaffen konnten.

Kriegsarbeit oder Soldat.

Der Kommandierende General des 7. Korps weist darauf hin, daß die Bezirkskommandos von neuem angewiesen seien, die sofortige Einstellung jedes Arbeiters in die Truppe zu veranlassen, der bei einer für das Heer oder die Marine arbeitenden Fabrik, Lege-, Gewerkschaft usw. die Arbeit niederlegt oder seine Entlassung verlangt, um bei einer anderen Firma Arbeit zu nehmen.

Arbeitslofenfürsorge in München.

Der Münchener Magistrat beschäftigte sich am Dienstag mit dem sozialdemokratischen Antrag auf Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung. Es wurde schließlich ein Vermittlungsantrag des Bürgermeisters Dr. von Borzich angenommen, nach welchem die Unterstützungen wie folgt festgesetzt werden: Ledige und Alleinstehende erhalten einschließlich des Zuschusses der Versicherungsanstalt 1,50 M.; Familien ohne Kinder 4 M.; Familien mit einem Kinde 5 M., mit zwei Kindern 5,50 M., mit drei Kindern 6 M., mit vier und mehr Kindern 6,50 M. — Bis jetzt wurden in 9 Unterstützungswochen für Unterhaltungen insgesamt 170 000 M. ausgegeben; an Barunterstützungen 45 708 M., für Milch 21 505 M., für Brot 27 000 M., für Kost 42 046 M., an Mietzuschuß 32 900 M.

Landtagserfahwahl in Frankfurt-Ossa.

Die einstweilen ausgesetzte Landtagserfahwahl im Wahlkreise Frankfurt-Ossa-Ravensberg-Gießen für den verstorbenen freisinnigen Landtagsabgeordneten Justizrat Wolff ist jetzt auf den 10. März festgesetzt worden. Kandidat aller bürgerlichen Parteien ist der freisinnige Oberbürgermeister Pohlmann aus Rattmann in Oberschlesien.

Wilson und die Einwanderungsfrage.

Aus New York wird uns geschrieben: Der Präsident Wilson hat sich als ein menschlich fühlender Staatsmann erwiesen. Der Kongreß hatte mit großer Mehrheit eine Einwanderungsbarriere angenommen, nach deren Bestimmungen künftig Analphabeten und Revolutionäre an der Landung in den Vereinigten Staaten gehindert werden sollten. Gegen die Klausel über den Ausschluß der Analphabeten richteten sich zahlreiche Volksdemonstrationen, und der Präsident hat es für seine Pflicht angesehen, gegen das Gesetz sein Veto einzulegen. Der Wert der Handlung ist um so höher anzuschlagen, als Präsident Wilson in seiner Botschaft an den Kongreß namentlich auf die kaufmännischen Bestimmungen bezüglich des Ausschusses von Personen mit revolutionärer Bestimmung Gewicht legte. Seine Worte lauteten:

„In zwei Einzelheiten schlägt diese Vorlage eine radikale Abwendung von der überlieferten und seit langem bestehenden Politik dieses Landes in sich, einer Politik, in der unser Volk den Ausdruck des eigentlichen Charakters seiner Regierung sah, die eigentliche Mission und den Geist der Nation in ihren Beziehungen zu den außerhalb ihrer Grenzen wohnenden Völkern. Die Vorlage sucht allen fast gänzlich die Pforten des Asyls zu verschließen, die denen immer offen standen, die nirgends anderswo das Recht und die Gelegenheit einer konstitutionellen Agitation für das fanden, was sie als die natürlichen und unveräußerlichen Menschenrechte ansahen, und sie schließen diejenigen aus, denen die Gelegenheit zur elementaren Bildung vorenthalten worden ist, ohne Rücksicht zu nehmen auf ihren Charakter, ihre Zwecke und ihre natürlichen Fähigkeiten. Wären derartige Einschränkungen in einer früheren Epoche unserer Geschichte als Nation angenommen worden, sie würden heute wesentlich ihren Lauf geändert und das menschliche Fühlen in unserer Politik geklärt haben. Das Recht des politischen Asyls hat in diesem Lande manch einen Mann von edlem Charakter und hohem Streben gebracht, den man in seinem eigenen weniger glücklichen Lande als einen Geachteten brandmarkt und der dennoch eine Zierde unserer Bürgerschaft und unserer öffentlichen Körperschaften geworden ist. Die Kinder und Mitbürger dieser hervorragenden Amerikaner werden erkannt dastehen, wenn sie sehen, wie die Vertreter ihrer Nation jetzt in der Falle unserer nationalen Stärke und der Weisheit unserer großen Einrichtungen beschließen, es zu riskieren, derartige Männer, ohne ihren Charakter oder ihre Zwecke zu prüfen, von unseren Gestaden abzuhalten. Es fällt mir schwer zu glauben, daß die volle Wirkung dieser Einzelheit der Vorlage empfunden wurde, als man sie entwarf und annahm, und es ist mir unmöglich, ihr in der Form, in der sie hier erscheint, zuzustimmen.“

Man hat Wilson mit spöttischer Niene einen Idealisten genannt, der in unsere Zeit nicht hineingehört. Und doch — wer könnte ernstlich behaupten, daß seine Politik in der Einwanderungsfrage nicht den Vereinigten Staaten zum moralischen und materiellen Vorteil gereicht?

Uebrigens ist mit dem Veto des Präsidenten die Sache noch nicht erledigt. Die Vorlage wird wieder vor den Kongreß kommen und es wird der Anstrengungen aller fortschrittlich gesinnten Leute bedürfen, um die reaktionären Bestimmungen endgültig zu Fall zu bringen.

Aus der Partei.

Eine Erklärung Karl Kautzks.

In der „Neuen Zeit“ veröffentlicht Genosse Kautsky folgende Richtigstellung:

In einem Artikel des „Hamburger Echo“, betitelt: „Zur Klärung unserer Parteidebatten“, legt Konrad Haenisch dar, daß die Meinungsverschiedenheiten, die in unserer Partei seit Ausbruch des Krieges auftraten, nicht zusammenfallen mit den bisherigen Scheidungslinien; daß sie mit der alten Streitfrage: Revisionismus oder Radikalismus, nur in sehr losem Zusammenhang stehen.“

Das ist ganz richtig, leider aber beruft sich dabei Genosse Haenisch in einer Weise auf mich, die einen falschen Eindruck erwecken muß. Er weist zuerst auf Barbus hin, der die Haltung unserer Partei seit dem 4. August rückhaltlos gebilligt habe. Dann heißt es weiter: „Auch Karl Kautsky... hat... die Haltung des internationalen Proletariats beim Kriegsausbruch (sogar den Eintritt von Sozialisten in ein Ministerium der nationalen Verteidigung) grundsätzlich durchaus gebilligt... Soll ich weiter noch an die seit langem in der Partei als gute und radikale Maximen bekannten Genossen Paul Jenich und Max Grundwald

erinnern, die in ganz ausgeprägter Artikelt im „Hamburger Echo“ sich gleichfalls rückhaltlos zu der angeblich revisionistischen Politik der Partei seit dem 4. August bekant haben?“

Und dann beruft sich Haenisch noch auf Wendel, Heinrich Schulz, Max Cohen.

Wer diese Ausführungen liest, kann leicht zu dem Glauben kommen, daß ich mich in den inneren Differenzen, die in unserer Partei seit dem Kriegsausbruch auftraten, auf jene Seite gestellt hätte, der sich Genosse Haenisch mit so vielen anderen zugesellt hat. Zu der Tat ist die obige Äußerung Haenischs mehrfach zu verstehen worden.

Die Deutung, die Genosse Haenisch einzelnen meiner Ausführungen gibt, entspringt einem Mißverständnis. Als nach dem Kriegsausbruch die Massen wie die sozialistischen Parteien in ihrer Mehrheit nicht bloß in Deutschland, sondern auch in Frankreich und vielfach auch in England eine andere Haltung einnahmen, als allgemein erwartet worden war, entstanden drei wichtige Probleme: 1. Wie ist diese Wandlung zu erklären? 2. Bedeutet sie einen Abfall von unseren Grundsätzen? 3. Ist sie richtig? Diese drei Fragen werden sehr oft miteinander verwechselt, und doch zielt jede auf etwas ganz anderes hin. Wenn ich eine Handlung aus den Verhältnissen erkläre, ist sie damit noch lange nicht gerechtfertigt und nicht als richtig erwiesen. Alles in dieser Welt muß zu erklären sein, der Textum ebenso wie die Wahrheit. Es kann aber auch eine Handlung aus Beweggründen entspringen, die mit unseren Grundsätzen vereinbar sind, und doch verkehrt sein, wenn sie z. B. einer falschen Einschätzung der Situation oder des Einbruchs, den sie machen wird, entspringt. Wenn sie aus richtigen Motiven, aber falscher Erkenntnis hervorgeht.

Als wir nach den ersten Wochen des Kriegslärms dahin kamen, uns mit ruhigem Mute Rechenschaft über das Vergangene abzugeben, waren es vornehmlich die ersten zwei Fragen, die ich untersuchte. Zu einer erschöpfenden öffentlichen Beantwortung der dritten, ob und inwieweit wir richtig gehandelt, schien mir die Zeit noch nicht gekommen, das Material nicht ausreichend, aber auch die Unmöglichkeit gegeben, alle Nichtigungen und Argumente ausreichend zum Wort kommen zu lassen, endlich war die Situation der Partei nicht eine derartige, daß sie eine Polemik zweckmäßig erscheinen ließ. So schrieb ich schon am 8. August:

„Wir sind eine Partei der Selbstkritik, aber unter dem Kriegszustand muß diese verstummen... Wir begreifen es sehr wohl, wenn manchen dieser oder jener Schritt unserer Partei falsch erscheint, aber noch weit falscher, geradezu verhängnisvoll wäre es, aus irgendeiner Meinungsverschiedenheit jetzt einen inneren Zwiespalt zu entfeffeln.“ („Neue Zeit“, XXXII, 2, S. 546.)

Und bald darauf: „Ob die Bedingungen für die Bewilligung der Kriegskredite tatsächlich gegeben und die Abstimung objektiv richtig war, wird erst eine genaue historische Untersuchung nach dem Kriege zeigen können.“ („Neue Zeit“, XXXII, 2, S. 581.)

Endlich im November sagte ich über die Beschuldigung, viele aus unseren Reihen hätten wesentliche Grundsätze unserer Partei nach dem Ausbruch des Krieges preisgegeben:

„Darüber müssen wir die Diskussion bis nach der Beendigung des Krieges verschieben, soweit sie die einzelnen konkreten Fälle betrifft.“

Ich habe mich also im Interesse der Partei jeder Polemik enthalten, mich aber wohl gehütet, mich mit allem Vorgekommenen zu identifizieren.

Meine Untersuchungen galten nur den ersten beiden Fragen, wie das Handeln der Masse und der Parteien zu erklären sei und ob es einen Abfall von unseren Prinzipien bedeuten müsse. Diese Fragen erschienen mir höchst wichtig, denn die Art ihrer Beantwortung entscheidet über die Ausschichten unserer Bewegung. Haben die Massen und die sozialistischen Parteien beim ersten Anstoß sofort alle unsere Grundsätze über Bord geworfen oder wurden sie selbst dort, wo sie etwa irrten, von sozialistischen Motiven getragen? Von der Antwort auf diese Fragen hängt ab, was wir von der Masse zu erwarten haben und die Masse von uns.

Ich sah wohl, daß seit dem 4. August eine Reihe Genossen tatsächlich sich fortsetzend gewandelt hat und immer mehr dem Imperialismus verfallen ist, glaubte aber doch, darin nur Ausnahmen zu sehen und in optimistischem Sinne antworten zu dürfen. Ich legte Wert darauf, dies den Genossen zu sagen, um ihre Uebersticht zu kräftigen und dem Pessimismus entgegenzuwirken. Nicht minder wichtig erschien es mir, die Genossen zur Toleranz zu mahnen — dem Beispiele folgend, das Liebknecht 1870 gegeben.

Natürlich ist sie den auswärtigen Genossen gegenüber heute noch weit mehr geboten, als gegenüber denen im Inland. Jene können auf Angriffe noch weniger selbst antworten, können falsche Darlegungen noch weniger selbst richtigstellen als diese. Und sie fremde Verhältnisse unter völlig neuen Umständen gilt noch weit mehr als für einheimische, besser bekannte, daß das Begreifen wichtiger ist als die Kritik, auf jeden Fall ihr vorauszugehen hat. Gerade von ihnen gibt das bloße Zitieren einiger aus dem Zusammenhang gerissenen Sätze nur einseitige und deshalb vielfach irreführende Information. Die Mitteilung solcher Sätze ist schlimmer als wertlos, wenn sie nicht das Entscheidende gibt, was heutzutage meist nicht gegeben werden kann, ihren Zusammenhang und ihre Begründung.

Ferner nimmt die Kritik einen ganz verkehrten Charakter an, wenn sie sich bloß gegen bestimmte Erscheinungen im Ausland richtet und die gleichen oder noch schlimmere Erscheinungen im Inland unbeachtet lassen muß oder gar preist.

Die heute so viel angefeindete Zurückhaltung, wie sie z. B. der „Vorwärts“ übt, erscheint mir unter diesen Umständen dringend geboten. Wir widerstrebt auch heute noch jede Parteipolemik vor der Öffentlichkeit, so lange der jetzige Zustand dauert. Um so mehr muß ich mich dagegen verwahren, daß man mich zu polemischen Zwecken für Anschauungen ins Feld führt, die ich ablehne.

K. Kautsky.

Is ein Mitteilungsblatt eine Flugchrift?

Vor der Düsseldorfer Strafkammer mußte sich am Mittwoch der Parteisekretär des Wahlkreises Düsseldorf, Genosse Weitzmann, wegen Vergehens gegen die Bestimmungen über den Belagerungszustand verantworten. Er sollte eine „Flugchrift“ verbreitet haben, die vorher nicht der Zensur vorgelegen hatte. Es handelt sich hierbei um ein Mitteilungsblatt des Sozialdemokratischen Wahlvereins, das herausgegeben wurde, nachdem der „Vorwärts“ des Niederrheinischen Agitationskomitees wegen des Krieges sein Erscheinen eingestellt hatte. In den Mitteilungen waren — abgesehen von einer Aufforderung zur Agitation für die Parteizettelung — nur Vereinsnachrichten abgedruckt worden. Da dieses Mitteilungsblatt nur an Vereinskongresse abgegeben wurde, also keine öffentliche Druckchrift ist, so reichte Weitzmann es auch nicht zur Zensur ein. Darin lag die Anlage eines Verstoßes gegen § 10b des Gesetzes über den Belagerungszustand und der Staatsanwalt beantragte auch eine Woche Gefängnis, besonders mit dem Hinweis darauf, daß das Generalkommando des VII. Armeekorps eine Beiratsung für angebracht erachtete.

Das Gericht verurteilte den Genossen Weitzmann zu einem Tag Gefängnis mit der Begründung, daß die Verbreitung der „Mitteilungen“ durch Vertrauensmänner als eine öffentliche an-

gegeben werden müsse. Die Wähler sollten von den Mitgliedern weitergegeben werden (?), wodurch sie einer unbeschränkten Anzahl von Leuten zugänglich wurden. Eine solche Art der Agitation sei unzulässig! Das habe B. auch genau und deshalb die Mitteilungen der Versammlung nicht vorgelegt.

Wir glauben kaum, daß das Reichsgericht dieses Urteil bestehen lassen wird.

Van Kol und die holländische Sozialdemokratie.

Aus Holland geht uns diese Erklärung zu: In einigen deutschen Parteizeitungen finden wir die Behauptung, der holländische Genosse van Kol, der in der französischen Parlamentsfraktion eine antideutsche Rede hielt, sei Mitglied des holländischen Parteivorstandes. Das ist unrichtig. Van Kol ist Senator und einer der Vertreter der holländischen Partei im Internationalen Sozialistischen Bureau, gehörte aber nie dem Parteivorstand an. Deshalb ist es auch unrichtig, die holländische Partei für die Herzogungen von Aols verantwortlich zu machen. Das holländische Zentralorgan der Partei, „Het Volk“, hat ebenso nachdrücklich gegen die Worte van Kols protestiert, wie seinerzeit gegen die Glimmünche, die Genosse Blegen an den früheren Weber Abgeordneten Weill richtete. Die holländische Parteileitung steht noch wie vor auf dem Standpunkt der striktesten Neutralität, den sie wiederholt mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit beklundet hat.

Gewerkschaftliches.

**Berlin und Umgegend.
Forderungen der Schmiede.**

Die bei den Zimmungsmeistern beschäftigten Schmiede hatten kürzlich die Kündigung ihres Tarifs beschlossen. Die Branchenkommission hat nun gemeinsam mit dem Gewerkschaftsrat einen neuen Tarifentwurf ausgearbeitet, dem die Branchenversammlung am Mittwoch zustimmte. Der Entwurf wird dem Zimmungsbeirath

eingereicht werden. Hinsichtlich der Arbeitszeit enthält der Entwurf keine Änderung des alten Tarifs, der die neunstündige Arbeitszeit vorsieht. Dagegen wird eine Erhöhung der bisherigen Lohnsätze gefordert. Im Entwurf werden folgende Mindestlöhne aufgestellt: Schremeister 85 Pf., Feilbank- und Beschlagsschmiede 75 Pf., Stoch- und Beschlagsschmiede 70 Pf., Stochstellen 65 Pf. pro Stunde. Für Ueberstunden, die nur in dringenden Notfällen zulässig sind, soll ein Aufschlag von 20 Pf. gezahlt werden. Ferner wird im Entwurf gefordert, daß der Arbeitsnachweis gemeinsam von der Zimmung und dem Deutschen Metallarbeiterverband unterhalten und verwaltet wird. Die Aufsicht über den Arbeitsnachweis soll die Schlichtungskommission führen, die auch für die Streitigkeiten aus dem Tarifvertrage zuständig sein soll. Der Tarif soll auf zwei Jahre abgeschlossen werden.

Die Autogen-Schweißer haben infolge der letzten sehr günstigen Konjunktur einige Veränderungen in ihren Arbeitsverhältnissen erfahren, hauptsächlich handelt es sich um die Ausbreitung der Affordarbeit und die Einführung weiblicher Arbeitskräfte. Früher war Affordarbeit nur in einigen kleineren Betrieben üblich. In letzter Zeit hat sie sich auch auf die Großbetriebe, namentlich die Flugzeugwerkstätten, ausgedehnt, so daß jetzt etwa die Hälfte aller Autogen-Schweißer in Afford arbeiten. Wenn tüchtige Arbeiter bei besonderer Anstrengung gute Afforddienste erzielen, dann kommt es vor, daß Abzüge gemacht werden und daß ihnen die bekannte Verfügung der Freizeugweiser entgegengehalten wird, um sie an einer wirksamen Vertretung ihrer Interessen zu hindern. Zweifellos treiben manche Unternehmer Mißbrauch mit dieser Verfügung. Einen solchen Zustand könnte nur durch Aufhebung der Verfügung ein Ende gemacht werden. — Die Einführung weiblicher Arbeitskräfte in der Autogen-Schweißerei wird von der Flugzeugfabrik Albatros betrieben. Weil gegenwärtig ein gewisser Mangel an Autogen-Schweißern herrscht, so hat die Firma Albatros eine Lehrwerkstatt eingerichtet, wo männliche und weibliche Arbeitskräfte als Schweißer angelehrt werden. Beim Eintritt des Lehrverhältnisses müssen sich die Betreffenden vertraglich verpflichten, sechs Monate bei der Firma Albatros zu folgenden Bedingungen zu arbeiten: Während der sechs Wochen dauernden Lehrzeit erhalten die

männlichen Arbeiter einen Stundenlohn von 30 Pf., in den damit folgenden sechs Wochen 70 Pf. und in der ferneren Zeit 75 Pf. Die weiblichen Arbeitskräfte erhalten in den gleichen Zeiträumen 25, 40, 50 Pf. Stundenlohn. Der vor Ablauf von sechs Monaten sein Arbeitsverhältnis bei der Firma aufgibt, hat ein Lehrgeld von 100 Pf. zu zahlen. Als Sicherheit für diesen Fall behält die Firma von jedem Wochenlohn der Arbeiter 7,50 Pf., der Arbeiterin 5 Pf. zurück.

Ueber die Anzahl der Arbeitskräfte, welche auf diese Weise in den Beruf neu eingeführt und nach Fertigstellung der Kriegsarbeiten als Ueberzählige den Arbeitsmarkt verlassen werden, wurden in einer Versammlung der Autogen-Schweißer verschiedene Angaben gemacht. Gegen die Veranlagung weiblicher Arbeitskräfte hat man an sich nichts einzuwenden, doch wurde bemerkt, daß die Schweißerei eine ungesunde Arbeit sei und sich deshalb für Frauen nicht recht eigne. Wenn aber trotzdem weibliche Arbeitskräfte angelehrt und im Beruf beschäftigt werden, dann müsse man verlangen, daß sie dieselben Löhne erhalten wie die männlichen Schweißer. Die Gefahr einer Lohnrückerei dürfe man nicht aufkommen lassen.

Deutsches Reich.

Streit in der Königshütte in Oberschlesien.

Am 16. Februar früh legten 18 Heizer im Maschinenbetriebe des Eisenzugwerks der Königshütte plötzlich die Arbeit nieder. Sie hatten die Heizer einen Stundenlohn von 20 Pf. bei täglich elfstündiger Arbeitszeit. Außerdem belamen sie eine tägliche Prämie von 40 Pf. für ständiges Hochhalten der vorgeschriebenen Dampfspannung. Diese Prämie sollte nun teilweise fortfallen. Sie sollte um 10 bis 40 Pf. gekürzt werden. Die Ausständigen verlangten einen Tagelohn von 4 Mk. unter Fortfall der Prämie. Nachdem ihnen eine vorläufige Stundenlohnerhöhung um 1 Pf. zugesichert wurde, nahmen sie die Arbeit wieder auf, beharrten aber auf ihrer Forderung, für die sie bis zum 19. Februar definitiven Bescheid verlangen.

Zu gleicher Zeit stellte auch die Belegschaft des Sandbaggerwerkes Lohnforderungen und gab dieser Forderung durch Arbeitseinstellung Nachdruck.

A. WERTHEIM

G.
M.
B.
H.

Leipziger Str. Königstr. Soweit Vorrat: Rosenthaler Str. Moritzplatz

Wurst

- Harte Zervelatwurst Pfd. 2.20
- Plockwurst Pfund 1.80
- Landleberwurst . . Pfund 1.10
- Jagdwurst Pfund 1.20
- Rotwurst . . Pfund 1.10 80 Pf.
- Schinkenstücke . . Pfund 1.70
- Schinken in Dosen netto eingewogenes Gewicht . . Pfund 2 M.
- Aufschnittfleisch in Dosen 5 Pfund 6.25

Räucherwaren

- Kieler Bücklinge 3 Stück 25 Pf.
- Kieler Bücklinge 2 Stück 10 Pf.
- Makrel-Bücklinge 2 Stück 25 Pf.
- Ostsee-Sprotten . Pfund 48 Pf.
- Ostsee-Sprotten Kiste zirka 1 Pfund 46 Pf.
- Goldfische Stück 15 Pf.
- Ger. Aal Pfd. 1.20 1.50 1.60
- Matjes-Heringe Stück 10 15 20 25 Pf.
- Sardellen Pfund 80 Pf.

Extra billiges Fleisch

- | | |
|--|---|
| Rinderkamm . . . Pfund 65 Pf. | Kalbskeule i. Ganzen, Pfd. 80 Pf. |
| Gehacktes Pfund 65 Pf. | Kalbsrücken im Ganzen, Pfd. 80 Pf. |
| Gulasch Pfund 65 Pf. | Kalbskamm Pfund 75 Pf. |
| Fehrippe Pfund 75 Pf. | Kalbsbrust Pfund 75 Pf. |
| Rinderbrust Pfund 75 Pf. | Spitze 2-3 Pfund Pfund 90 Pf. |
| Rinderfilet unausgeschält Pfund 90 Pf. | Schweinekoteletts Pfd. 1 M. |
| Roastbeef mit Knochen, Pfd. 75 Pf. | Schweinekamm Pfund 90 Pf. |
| Schmorfleisch m. Knochen . . . Pfund 80 Pf. | Schuff Pfund 90 Pf. |
| Kaninchen gefrorene, gestreift 70 bis 90 Pf. | |

Obst-Gemüse

- Sellerie Knolle 5 7 Pf.
- Rosenkohl Pfund 26 Pf.
- Rapunzen-Salat Pfund 33 Pf.
- Chicorée Pfund 28 Pf.
- Meerrettich . Stange 5 u. 10 Pf.
- Krausefügen Pfund 40 Pf.
- Traubenrosinen . Pfund 1 M.
- Blutapfelsinen Dtz. 40 50 Pf.
- Apfelsinen . . . Dtz. 35 45 Pf.
- Mandarinen . . . Pfund 35 Pf.
- Datteln Karton 65 Pf.
- Kaliforn. Aepfel Pfund 40 50 Pf.
- Bittere Orangen . Dtz. 85 Pf.

Butter-Käse

- Tisch- und Tafelbutter Pfund 1.48 1.56
- 1/2-Pfund-Pakete 74 78 Pf.
- Landbutter Pfund 1.38
- Limburger Käse Pfund 68 Pf.
- Holländer Käse . . Pfund 60 Pf.
- Harzer Kiste, 100 Stück . . 2.65
- Camembert Stück 32 Pf.
- Holl. Bienenhonig Pfd. 80 Pf.

Geflügel

- Brathühner Stück 1.55 bis 3.60
- Suppenhühner St. 2.30 bis 3.60
- Schneehühner . . . Stück 1.30
- Birkwild . . . Stück 1.75 2.25
- Fasanen . . . Stück 2.40 u. 3.60
- Suppentauben . . . Stück 65 Pf.

Frische grüne Heringe

18 Pfennig Mandel

Fische

- Lebende Lausitzer Karpfen Pfund 75 Pf.
- Lebende Hechte . Pfund 98 Pf.
- Lebende Schleie Pfund 95 Pf.
- Lebende Plötzen Pfund 50 Pf.
- Seemuscheln . . . 5 Pfund 55 Pf.

Tee äußerst billig

- Souchong-Melange II . Pfund **2.40**
- Souchong-Melange III Pfund **2.80**
- Ceylon-Tee Pfund **3.60**
- Souchong-Melange IV Pfund **3.20**
- Souchong-Melange V Pfund **3.60**
- Grus-Tee Pfund **2 M.**

Die inserierten Artikel sind von der Zusendung ausgeschlossen

Theater für Freitag, 19. Februar:
Berliner Theater
 8 Uhr: „Extrablätter!“
Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
 8 Uhr: **Tiefland.**
Friedrich-Wilhelmstadt, Theater.
 8 Uhr: **Gasparone.**
Geb. Herrfeld-Theater
 8 Uhr: **Familie Plaschek.**
 Helbring contra Helbring.
Kleines Theater
 8 Uhr: **Der kategorische Imperativ**
Komische Oper
 8.10 U.: **Gold gab ich für Eisen.**
Komödienhaus
 8 Uhr: **Biedermeyer.**
Lessing-Theater
 8 Uhr: **2 x 2 = 5.**
Lustspielhaus
 8 1/2 U.: **Die Orientreise.**
 Sonnt. 9 1/2 U.: **Das Leutnantsmüdel**

Metropol-Theater
 8 Uhr: **Woran wir denken!**
Montis Operetten-Theater
 8 Uhr: **Der liebe Papi.**
National-Theater
 8.10 U.: **Wenn d. Landsturm kommt**
Residenz-Theater
 8 Uhr: **Die Schöne vom Strand.**
Rose-Theater
 8 Uhr: **Elise vom Erlenhof**
Schiller-Theater O.
 8 Uhr: **Der Seeräuber.**
Schiller-Th. Charlottenbg.
 8 Uhr: **Die Neuvermählten.**
 Amphitryon.
Thalia-Theater
 8 Uhr: **Kam'rad Männe.**
Theater am Nollendorfpf.
 8 1/2 U.: **Immer feste druff!**
 Sonnt. 9 1/2 U.: **Der Graf v. Luxemburg.**
Theater des Westens
 8 Uhr: **Rund um die Liebe**

Theater in der Königgrätzer Straße
 8 Uhr: **Rausch.**
Trianon-Theater
 8 1/2 U.: **Das Liebesnest.**
Volksbühne-Theater am Bülowplatz
 9 1/2 U.: **Die Kreuzschreiber.**
Walthalla-Theater
 8 Uhr: **Krümel vor Paris.**
URANIA
 Taubenstraße 48/49.
 4 Uhr (Halbe Preise): **Auf d. Schlachtfeldern Ostpreußens**
 Abends 8 Uhr: Dr. Traub: **Krieg und Kultur.**
Voigt-Theater.
 Badstr. 58. Badstr. 58.
 Heute Freitag, den 19. Februar:
 „**Siane, die zweite Frau**“.
 Schauspiel in 5 Akt. n. d. gleichnamigen Gedicht v. G. Hariltz a. d. Gartenlaube.
 Aufführung 7 1/2 u. 8 1/2 Uhr.

WINTERGARTEN
Johanna Terwin
 vom Deutschen Theater, Berlin,
Jakob Tiedtke
 v. Lessing-Theater, Berlin, in:
 Landwehmann und Pikarde
 Zeitbild von Otto Reutter.
Serene Nord
 mit ihren Wassernymphen,
Rosa Felsegg
 mit ihrem Aeroplan,
Elise Berna
 Operettensängerin
 sowie der hervorragendste
Februar-Spielplan.
 Kleine Preise.

Zirkus Alb. Schumann
 Freitag, 19. Febr., Anf. 7 1/2 Uhr:
Gr. Extra-Vorstellung.
 Besonders hervorzuheben:
Arthur Saxon-Trio
 die stärksten Männer der Welt mit
 ihrer lebenden Automobilbrücke.
10 Reiter-Akrobaten.
 Weises 5 rollschuhlaufende und
 radfahrende Pären.
Geb. Ernst u. Oskar Schumann.
 Um 9 1/2 Uhr: Um 9 1/2 Uhr:
Ost und West.
 Großen patriotisch-Schauspiel
 aus der Gegenwart in 4 Akten.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
 Zum Schluss:
Weihnachtsabend
 im Schützengraben
 Anfang 8 Uhr.
 Militär-Orchester
 und deren An-
 gehörigen voll-
 kommen freier
 Zutritt zu den
 Stett. Sängern.

Casino-Theater.
 Göttinger Straße 37. Täglich 8 Uhr.
 Nur noch bis Donnerstag
 den 25. d. M.

Durch dick und dünn.
 Freitag, 26. Februar: Uraufführung
 des neuen Lustspielstücker:
Der Herr Kommerzienrat.
 Sonnt. 4 Uhr: **Durch Klippen u. Wälder**

Palast-Theater am Zoo
 Täglich 8 Uhr:
 „**Muttchen hat's Wort!**“

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 153 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Stab der 26. Landwehr-Brigade; 1., 2., 3. und 4. Garde-Reg.; 1. und 2. Garde-Ersatz-Reg.; Garde-Grenadier-Regiment Alexander-Franz, Augusta und Nr. 3; Garde-Jäger und Garde-Schützen-Bat.; Lehr-Inf.-Reg.; Grenadier-, bzw. Infanterie-, bzw. Pionier-Regiment Nr. 2, 6, 11, 12, 14, 18, 23, 30, 31, 43, 55, 62, 64, 68, 69, 72, 74, 75, 77, 80, 86, 88, 91, 95, 97, 98, 99, 117, 118, 128, 132, 141, 142, 145, 146, 148, 150, 159, 168, 172, 173, 175, 176; Ersatz-Reg. Königsberg II; Ref.-Inf.-Regiment Nr. 7, 17, 18, 20, 22, 26, 27, 28, 49, 51, 52, 55, 56, 61, 66, 68, 69, 80, 83, 84, 87, 88, 93, 94, 98, 110, 111, 118, 201, 209, 217, 219, 220, 231, 237; Ref.-Ersatz-Reg. Nr. 1; Landwehr-Inf.-Regiment Nr. 7, 11, 18, 29, 49, 51, 52, 53, 55, 68, 71, 72, 75, 81, 84, 85, 90, 110; Landwehr-Ersatz-Reg. Nr. 1; Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 8, 23, 44; Landwehr-Ersatz-Reg. Nr. 10; Landsturm-Bataillone II, Braunenberg, I. Bruchhof, Burg, Jüterbog, IV. Münster, Namiß; Landsturm-Ersatz-Bat. Belgard; Jäger-Bat. Nr. 9; Ref.-Jäger-Bat. Nr. 1, 4, 7, 11, 22;

Reg. der Garde du Corps; 3. Garde-Mann; Kavaliere Nr. 1; Schwere Ref.-Reiter Nr. 2; Dragoner Nr. 1, 2, 15, 22; Ref.-Dragoner Nr. 3; Husaren Nr. 15; Mannen Nr. 1, 5, 8, 9; Jäger zu Pferde Nr. 9 und 11; 1. Landsturm-Eskadron des III. Armeekorps; 1. und 4. Garde-Feldart.-Reg.; Feldart.-Regiment Nr. 38, 51, 70, 82, 84; Ref.-Feldart.-Regiment Nr. 1, 6, 9, 10, 15, 49; 2. Garde-Fußart.-Reg. und 2. Garde-Ref.-Fußart.-Reg.; Aufw.-Regiment Nr. 2, 3, 4, 8, 9, 10, 13, 15; Ref.-Fußart.-Regiment Nr. 2, 7, 8, 20; Landwehr-Fußart.-Bat. Nr. 20; Landsturm-Fußart.-Bat. des V. Armeekorps; Pionier-Regiment Nr. 18, 23, 31; Garde-Pionier-Ersatz-Bat.; Pionier-Bataillone: I. Ref. 2, II. Ref. 6, III. Ref. 8, I. Ref. 11, I. Ref. 15, I. Ref. 16; Ref.-Pionier-Bat. Nr. 32; 44. Ref.-Pionier-Komp.; 1. Landwehr-Pionier-Komp. des Gardekorps; 2. Landwehr-Komp. des V. und 3. Landwehr-Komp. des VI. Armeekorps; Eisenbahn-Kaufkomp. Nr. 15; Freiwillige Kraftfahrerkomp. der V. Armee; Ref.-Inf.-Munitionskolonne Nr. 45 des XXII. Reservekorps; Art.-Munitionskolonne Nr. 8 des Gardekorps; Sanitäts-Komp. Nr. 1 des XVII. Armeekorps; Ref.-Sanitäts-Komp. Nr. 2 des II. Armeekorps und Nr. 17 des XVIII. Reservekorps; Train-Abteilungen Nr. 1, 17.

Die sächsische Verlustliste Nr. 110 bringt Verluste der Inf.-Regiment Nr. 101, 102, 124, 178; Ref.-Inf.-Regiment Nr. 101, 106, 107, 241, 243; Landwehr-Inf.-Regiment Nr. 100, 101, 102, 104, 106; Ersatz-Bataillone: Inf.-Regiment Nr. 101, 104; Landwehr-Inf.-Regiment Nr. 100, 102, 104; Ref.-Jäger-Bat. Nr. 26; Pionier-Bat.: I. Nr. 12, 22; II. Nr. 12, 22; Ref.-Pionier-Komp. Nr. 54; Eisenbahn-Kaufkomp. Nr. 8; Kranken-Transport-Abt. Nr. 3; Sanitäts-Komp. I. XII. Armeekorps; I. des XIX. Armeekorps.

Die württembergische Verlustliste Nr. 110 enthält Verluste des Grenadier-Reg. Nr. 119; Inf.-Reg. Nr. 120; Landwehr-Inf.-Reg. Nr. 123, 124; Inf.-Reg. Nr. 180; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 248; 1. Landwehr-Eskadron; Feldart.-Reg. Nr. 29; Pionier-Bat. Nr. 15; Art.-Munitionskolonne der 51. Ersatz-Brigade.

Aus Groß-Berlin.

Um die Kartoffel.

Die schnell sich doch die Wertschätzungen ändern können! Ist genug-kann-man's im Leben erfahren und besonders der jetzige Krieg hat in dieser Hinsicht geradezu überraschende Resultate gezeigt. So sieht es heute mit der schlichten Knollenfrucht. Wie hat man einst über sie geurteilt. Sie sollte bloß den Bauch füllen, keine Kraft haben und manche sprachen ihr rundweg jeden Nährwert ab. „Aber nicht so viel Kartoffeln!“ Im Restaurant, in der Familie und sonstwo konnte man diesen Angstruf vernehmen. Das heißt, natürlich nur dort, wo genügend andere Speisen als Ersatz zu haben waren. Auf dem Speisezettel der Kinderbemittelten nahm die Kartoffel die erste Stellung ein. Hier war sie ausschlaggebend. Hier macht sich auch die Kartoffelmot jetzt am stärksten fühlbar. Die Gründe, warum ein Kartoffelmangel besteht, sind an anderer Stelle schon eingehend gewürdigt worden. Jedenfalls fehlt es aber an „Erdäpfeln“ im Augenblick und da, wo welche zu kaufen sind, oder wo die Sage geht, es sollten mal welche zu haben gewesen sein, treffen Hausfrauen mit Kiepen und Körben und Regan und Tischen ein, um zu kaufen. Ja, Kuchen: Keine Schale ist hier zu bekommen. Die gehänselte Hausmutter jammert, „aber fort muß sie wieder, muß weiter fort!“ So geht's von Geschäft zu Geschäft, von Halle zu Halle. Kennt man die schlimmsten Schmerzen, so wird auch die Kartoffel genannt.

Eine Zeitlang hatten es sich gewissenlose Händler zuzunehmen gemacht und mit allerlei verschlagenen Tricks gearbeitet, um die Höchstpreise zu umgehen. Dies wird wohl aufhören, nachdem dieser Tage ein solcher Gemütsmenschen zu 100 Mark Strafe verurteilt worden ist.

„Viel zu wenig, stilleren hätten sie ihn sollen“, sagt ein alter Mann neben mir. Die andern nicken beistimmend, „Sone Gemeinheit.“

Es ist in einer Markthalle, gegen Abend. Die Käufer stehen Spalier vor einem Kartoffelstand. Ich rede mich hoch, um hineinsehen zu können.

„Hier ist nicht mehr, allens schon weg!“ ruft der Inhaber.

„So is et immer“, klagt ein mageres Weiblein und hüllt sich fester in ihr Umhlageluch. „Nu et hat doch so velle je- jeden, wo sind se denn, die villen Kartoffeln.“

„Det sind die Spekulanten, die rüden noch nich raus, weil se denken, sie kriegen später mehr davor“, klagt der alte Mann die Umstehenden auf.

„Ja habe heute Kohlrüben ohne Kartoffeln kochen müssen“, erzählt eine junge Frau.

„Na, id habe jestern noch jwoce Fund von meiner Tochter bekommen, aber was is det bei fünf hungrigen Mäulern.“

So steht die Unterhaltung weiter. Und sie stehen und harren und merken kaum, daß der Vorrat immer kleiner wird, so daß die Hintersiehenden wahrscheinlich wieder leer ausgehen werden.

Das ist der Kartoffelkrieg, den sicherlich niemand vorausgesehen hat. Der Wert der Kartoffel ist erkannt, auch für die, die sich sonst um volkswirtschaftliche Dinge nicht kümmern. Jetzt müssen sie's, es greift an den Wagen und den Geld-

beutel, da wird man aufmerksam. Die Kartoffel ist eine Nacht geworden und greift entscheidend in den Kampf der Völker ein.

Es ist übrigens eine heitere Ironie, daß es gerade ein Engländer war, der sich um die Verbreitung der Kartoffel verdient gemacht hat, die jetzt berufen ist, den Ausbungerungsplan Englands zu durchkreuzen. In der ersten Strophe eines alten Volksliedes, das die Kartoffel besingt, heißt es:

„Franz Drake hieß der brave Mann,
Der vor dreihundert Jahren
Aus England nach Amerika
Als Kapitän gefahren.
Laut an, juchhe, Kartoffeln in der Schäl.“ usw.

Hoffen wir, daß wir auch bald der Kartoffel zujubeln können, wenn sie in riesigen Mengen auf dem Berliner Markt erscheint!

Der Kartoffelkauf.

Der Andrang zu den Ständen des städtischen Kartoffelverkaufs in den Markthallen war auch gestern außerordentlich stark. Noch immer hielten die Händler mit dem Verkauf ihrer Kartoffeln zurück, weil sie vielfach die Festsetzung der Preise im Detailhandel erwarteten, um höhere Preise zu erzielen. Diese Festsetzungen sind nun erfolgt und man muß abwarten, ob nun die Kartoffeln auf den Markt kommen. In den Hallen waren die Kartoffelstände belagert. In Reich und Glied mußten die Käuferinnen antreten, bis die Reihe an die einzelne kam.

Der Magistrat hat sich veranlaßt gesehen, die Preise auch für die städtischen Kartoffeln zu erhöhen, um den Sturm auf seine Bestände möglichst zu verhindern. Der Magistrat gibt infolgedessen bekannt:

„Der städtische Kartoffelverkauf erhöht in Rücksicht auf die von dem Oberkommando erlassene Verordnung über die Höchstpreise von heute ab seine Preise in folgender Weise:

Table with 2 columns: Quantity (5 Pfund) and Price (25 Pfennig, 10, 45, 20, 95).

Dieser Preis bleibt erheblich hinter den vom Oberkommando festgesetzten Höchstpreisen zurück. Andererseits sah sich der Magistrat außerhande, die bisherigen niedrigen Preise aufrecht zu erhalten, wollte er nicht angesichts der im freien Handel eingetretenen Preiserhöhung Gefahr laufen, daß die gesamten von der Stadt eingekauften Kartoffelmengen in aller- kürzester Zeit ausverkauft sind.

In den städtischen Kartoffelkäufen drängt sich nicht nur das Berliner Publikum, sondern aus weit entfernten Orten erschienen die Käufer in Scharen, um bei der überall vorhandenen Knappheit und den außerordentlich billigen Preisen der Stadt Berlin sich hier mit Kartoffeln zu versorgen. Wenn vorgegeschrieben war, daß an einen Käufer nur höchstens 20 Pfund abgegeben werden sollten, so umging man diese Bestimmung dadurch, daß gleichzeitig drei bis vier Personen aus derselben Familie erschienen, um so in den Besitz einer größeren Menge Kartoffeln zu gelangen. Es muß der Stadtverwaltung aber daran liegen, größere Kartoffelbestände zu behalten, um in Zeiten vielfacher wiedererintretender Knappheit aus- helfend eintreten zu können.“

Die Brotarte.

Vom 22. Februar ab wird Brot und Mehl nur gegen eine Brotmarke verabfolgt. Ohne Brotmarke gibt es kein Brot. Die Brotmarken werden jetzt ausgegeben und zwar durch den Hauswirt bez. dessen Verwalter auf Grund des kürzlich aufgenommenen Personenstandes. Der Magistrat warnt erneut, mehr Brotmarken zu verlangen als Personen im Haushalt sind. Er teilt mit:

„Dem Vernehmen nach ist an einzelnen Stellen bei Aufnahme der Hauslisten, die die Grundlage für die Regelung des Brot- verbrauchs bilden, den ausdrücklichen Vorschriften der Magistratsverordnung entgegen gehandelt worden: Einmal sind in die Listen auch Personen aufgenommen worden, die nicht innerhalb der Haushaltung die Nacht zubringen, sodann haben auch Frauen von Kriegsteilnehmern die Eintragung ihrer Männer veranlaßt. Solche Verstöße stellen sich als eine schwere Verletzung dar, die nach § 44 der Bundesratsbeschlusssatzung mit Gefängnisstrafe bis 6 Monaten bedroht ist. Es muß darum hin- gewiesen werden, daß, sobald die erste Auszahlung erfolgt ist, der- artige Umgehungen unfehlbar entdeckt werden, und daß dann un- bedingt auch die Bestrafung eingeleitet werden wird. Es bedarf wohl keiner Ausführung, daß, wer auf diese Weise die Maßnahme der Brotfürsorge zu vereiteln sucht, verwerflich handelt.“

Die Brotkommissionen.

Berlin ist in 170 Bezirke eingeteilt. Für jeden Bezirk ist eine Brotkommission gebildet, deren Aufgaben wie kürzlich dargelegt haben. Den Vorsitz in der Brotkommission führt ein Rektor. Alle in der Brotfrage bezüglichen Angelegenheiten — für Verkäufer wie Konsumenten — werden von der Brotkommission erledigt. Im Informatenil unserer heutigen Ausgabe befinden sich die Adressen der Brotkommissionen, und weisen wir unsere Leser besonders darauf hin.

Gegen die Durchbrechung von geschlossenen militärischen Wagenkolonnen durch Straßenfahrzeuge

veröffentlicht der Polizeipräsident folgende Verfügung:

Das Immobile Kraftwagendepot Nr. 8 Berlin-Schöneberg hat während des Krieges in verstärktem Maße den Truppen Kraftwagen zuzuführen. Die Wagen fahren in Kolonnen vom Depot zur Bahn, wo sie verladen werden. Beim Fahren in der Kolonne haben sich zahlreiche Unfälle ereignet.

Ich bringe daher meine Bekanntmachung vom 12. Februar 1910 hiermit in Erinnerung, welche lautet:

„Es ist in der letzten Zeit mehrfach vorgekommen, daß militärische Last- und Personentransportwagen an Wege- kreuzungen in der Stadt von anderen Straßenfahrzeugen durch- brochen und dadurch in Gefahr, oder Unordnung gebracht worden sind.“

Derartige Wagenkolonnen, die an der meist grauen Farbe der Fahrzeuge und an ihrer militärischen Besetzung mit Kraft- fahrern unüber- als zusammenhängende militärische Organisation zu erkennen sind, stehen unter dem Schutze des § 33 der Straßenordnung vom 31. Dezember 1890, nach dem u. a. geschlossen marschierenden (und fahrenden auch fahrenden oder reitenden) Militärabteilungen sowohl von vorfahrenden als von entgegenkommenden Fahrzeugen überall vollständig Raum zu geben ist und, falls dies die Verlässlichkeit nicht gestattet, so lange gewartet werden muß, bis jene vorüber sind.“

Eine Durchbrechung derartiger militärischer Wagenkolonnen ist also unzulässig und strafbar. Dies bringe ich zur Verhütung weiterer Unzulänglichkeiten und Bestrafungen hierdurch zur öffentlichen Kenntnis.“

Maßnahmen zur Durchführung der Lebensmittelversorgung.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung bewilligte am Mittwoch die Summe von 36000 M. für Feststellung der Mehlvorräte und für Brotmarkenausgabe. Nach vorläufiger Schätzung soll diese Summe für den genannten Zweck bis zum 31. August reichen. Wie der Bürgermeister Maier mitteilte, sind Nahrungsmittel genügend vorhanden, doch sei ein häusliches Umliegen dringend erforderlich. Stadtrat Gottstein ergänzte die Ausführungen des Bürgermeisters durch eine Schilderung der Organi- sation, die voraussichtlich in erster Zeit auf Schwierigkeiten stoßen werde. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die eivle Verteilung der Brotarten nicht so glatt von statten gehe. In solchen Fällen müßten sich die Hausbesitzer vorläufig gegenseitig anshelfen. Der Vertreter des Magistrats betonte ausdrücklich, daß die Schwierigkeiten nicht auf Mangel an Brot oder Mehl zurückzuführen seien, sondern nur organisatorischer Art sind. Auch der Kartoffelmangel, über den in den letzten Tagen gellagt worden sei, werde bald behoben sein. Es handle sich hier nicht um einen dauernden Mangel an den wichtigsten Nahrungsmitteln, sondern um Schwierigkeiten in der Zu- fuhr nach Berlin. Die Stadt habe große Einkäufe an Kartoffeln gemacht und werde in Zukunft weitere Käufe abschließen, so daß keinerlei Störung in der Abgabe von Kartoffeln eintrete.

Weiter beschloß die Versammlung die Einsetzung eines Aus- schusses zur Prüfung der Frage, ob nach den Vorschlägen des Ma- gistrats die Säuglingsklinik vom 1. April ab nicht mehr unterstügt werden soll. Der Magistrat überweist schon jetzt keine Säuglinge mehr an diese Klinik, ein Vorgehen, das in den Kreisen der Stadt- verordneten große und peinliche Heberaufregung hervorgerufen hat.

Wirtschaftliche Maßnahmen in Nowawes.

Die Gemeinde gab vor kurzem bekannt, daß Gemeinde- angehörige Brachland gedüngt und bearbeitet unentgeltlich zum Anbau von Kartoffeln usw. erhalten können. Da die beabsichtigte Düngung und Bearbeitung des Bodens aber große Kosten ver- ursacht, so sieht sich die Gemeinde veranlaßt, eine Pachtgebühr von 3-4 M. pro Quadratmeter zu erheben. Es wird infolgedessen jedem Bewerber freigestellt, von seinem Pachtvertrag zurückzutreten. Der Schmalz- und Speckverkauf im Laden Nord- und Wäckerstrahenecke findet von jetzt ab nur noch an drei Tagen in der Woche statt, und zwar Dienstags, Freitags und Sonnabends. Für die Abgabe von Waren sind folgende Bedingungen festgesetzt: 1. Die Geldbeträge für die gekauften Waren sind abgeklärt zu ent- richten. 2. An Kinder findet der Verkauf nicht statt. 3. Die Waren werden nur an hiesige Einwohner abgegeben. Beim Kauf ist als Ausweis die letzte Steuerquittung vorzulegen.

Am 22. Februar tritt auch für die Gemeinde Nowawes die Ver- ordnung des Oberbehörden in den Marken in Kraft, wonach Reste und Abfälle des Haushalts, die zur Viehfütterung verwendet werden können, vom fribren Müll getrennt zu sammeln sind.

Die Brotmarken sollen am 1. März zur Einführung kommen. Um genaue Unterlagen zu erhalten, sind dieser Tage den Hauseigentümern bezw. „Sermalkern“ Listen zugestellt worden, die bis zum 18. d. Mts. im Zimmer 6 des Rathhauses abgegeben werden müssen.

Die Wählerlisten für die bevorstehenden Gemeindevertreterwahlen in den Bezirken 2 und 4 liegen im Singerschen Lokal, Priesterstr. 31, zur Einsicht aus.

Frauen als Straßenreiniger. Nach den Vorschlägen der Depu- tation für das Straßenreinigungswesen hat der Potsdamer Magistrat beschlossen, künstlich bei Eintritt von Schneefall und Glätte arbeitslose Frauen zum Sandstreuen und Schneefahren zu ver- wenden. Die Frauen erhalten als Tageslohn 2 M. Zunächst handelt es sich um einen Versuch, der, falls er sich bewährt, zu einer ständigen Einrichtung führen wird solange Mangel an männlichen Arbeitkräften herrscht.

Hausfrauenberatungsstelle in Lichterfelde.

Die Gemeinde Lichterfelde eröffnete am 18. Februar die erste Hausfrauenberatungsstelle für den weiblichen Distrikt in der Karl- straße 1-2 im Laden der ehemaligen Theaterkasse von A. Wertheim. Vormittags von 10-11 und nachmittags von 4-6 Uhr wird Aus- kunft in allen die Kriegswirtschaft betreffenden Fragen erteilt. Vor- mittags durch die Genossin Marie Ameri.

Ein falscher Kriminalbeamter treibt seit einigen Tagen sein Un- wesen. Er lüßt die von Frauen und Mädchen geleiteten Zweig- geschäfte von Großhandlungen in der Regel zu einer Zeit auf, in der keine Kunden anwesend sind und stellt sich der Letzterin als Kriminalbeamter vor. Der Beamte erklärt auf Grund eines Haft- befehls die Dame festzunehmen zu müssen, weil sie unter dem dringen- den Verdacht der Veräußerung von falschen Geldscheinen stehe. Die Letzterinnen beteuern mit gutem Gewissen ihre Unschuld und ihre Vorstellungen erweichen denn auch endlich den „Beamten“ so weit, daß er von der sofortigen Verhaftung absteht und sich damit be- gnügt, die Kasse durchzusehen und die „falschen Scheine“ zu be- schlagnahmen. Für gefällig erklärt er so ziemlich alles, was er an Papiergeld vorfindet. Der Schwindler ist etwa 35 Jahre alt, mittelgroß und schlant gewachsen und sieht bleich und verblebt aus.

Unvorsichtigkeit mit der Schußwaffe.

Bei einem bedauerlichen Vorgang hat der 34 Jahre alte Kauf- mann Paul Köhl aus Steglitz sein Leben eingebüßt. Der Bruder des A. der sich gegenwärtig im Felde befindet, besitzt in der Schloß- straße 107 in Steglitz ein Restaurant, in dem er während seiner Abwesenheit von Paul Köhl vertreten wurde. Mittwoch abend kehrten mehrere junge Leute, unter ihnen auch einige Ersatz- rekruten, in die Gastwirtschaft ein. Im Laufe des Gesprächs holte der Schloßer Karl W. eine Revolverpistole hervor und legte in scherz- hafter Weise auf den in der Nähe stehenden Tischlermeister Sch. an. Sch. verbat sich dies, worauf W. die Waffe, ebenfalls wieder im Scherz, auf den Vertreter des Gastwirts anlegte. Im nächsten Augenblick frachte ein Schuß und Köhl brach infolge eines Schusses über dem rechten Auge leblos zusammen. Auf dem Transport nach dem Krankenhaus erlag A. der Schußverletzung. Der unvorsichtige Täter wurde verhaftet.

Kleine Nachrichten. Infolge eines Herzschlages verstarb in Weigensee, Berliner-Aller, der Kaufmann E. Stad aus Marien- dorf. — In dem Hiegaraben bei Lindenberg wurde die Leiche des Rekruten A. Hahn vom Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier- Regi- ment aufgefunden. Allem Anschein nach ist H. in einem Säpfer- mühlstein in den Tod gegangen. — Das Opfer eines Straßen- unfalls ist der Gerichtsvollzieher Max Gorch aus der Kochhan- straße 41 geworden, der am Dienstag in der Aniprodtschtr. von einem Straßenbahnwagen angefahren und umgestoßen wurde. Er erlitt eine Gehirnerschütterung und wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht, wo er am Mittwoch gestorben ist. — Vor dem Hause Belle-Alliance-Str. 6 verfuhrte am Mittwoch- vormittag Fräulein Anna von Boy kurz vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 82 das Gleis zu überschreiten. Fräulein v. B. wurde umgestoßen, glücklicherweise aber von der

Unterschlagungen bei den städtischen Gaswerken.

Unterschlagungen in 1908 Einzelfälle wurden dem bei den städtischen Gaswerken angestellten gemeinen Bureauführer Paul Stein zur Last gelegt, gegen den gestern die 6. Strafkammer des Landgerichts I zu verhandeln hatte. Die Anklage lautete außerdem noch auf schwere Urkundenfälschung. — Der 30-jährige Angeklagte war im Jahre 1904 bei der 8. Reviergasinspektion in der Elisabethstraße als Arbeiter angestellt worden. Da er sich geschickt und anständig zeigte, wurde er bald mit verschiedenen Arbeiten im Amt beschäftigt, die er zur vollen Zufriedenheit seiner Vorgesetzten ausführte. Mit der Zeit hatte er sich in eine Art Vertrauensposten hineingearbeitet; so schenkte ihm der Revierinspektor Reimann u. a. das Vertrauen, die aus den Ringgasmessern stammenden Geldbücher selbständig öffnen zu können und die Beträge in die Kontrollbücher eintragen zu lassen. Wie sich später herausstellte, hatte der Angeklagte dieses Vertrauen fast von Anfang an mißbraucht. Er entnahm den Büchern Beträge von einer bis zwanzig Mark und fälschte dann, da diese Unterschlagungen sonst sehr leicht entdeckt worden wären, bei den Eintragungen in die Bücher die Zahlen, welche die Menge des verdrahteten Gases angaben. Wie sich aus den Büchern ergab, hatte der Angeklagte in 1908 Einzelfälle die Summe von 7790 M. sich angeeignet. — Vor Gericht wies Rechtsanwalt Dr. Cohnmann als Verteidiger des Angeklagten als strafmildernd darauf hin, daß der bisher unbescholtene Angeklagte sich stets sehr gut verhalten habe und lediglich, da fast jede Kontrolle fehlte, der Verführung erlegen sei. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen fortgesetzter Unterschlagung und schwerer Urkundenfälschung zu vier Monaten Gefängnis.

Zu einem Stellbischen korpulenter Damen

Sam es gestern in dem Sitzungssaal der 1. Strafkammer des Landgerichts III, vor welcher sich die Vorleserinnen Nina Weiler geb. Schmidt wegen Unterschlagung und Betruges zu verantworten hatte. — Die Angeklagte ist wegen ähnlicher Schwindelereien schon viermal vorbestraft, darunter dreimal mit längeren Gefängnisstrafen. Auch in der Mehrzahl der jetzt zur Anklage stehenden Fälle war die Angeklagte in der Weise vorgegangen, daß sie in der Rolle einer Geschäftsfreundin bei mehreren Frauen erschien und sich Beträge von 3 und 5 M. als Anzahlung geben ließ, um damit auf Rummervierbesuchen zu verschwinden. In einigen Fällen lieferte die Angeklagte auch Korsetts, so u. a. für eine circa 280 Pfund schwere Dame ein kleines Korsett. Unter der Vorleserung, in der Köpenicker Straße ein Korsettschloß eröffnen zu wollen, erlosch die Angeklagte einer Frau Strobel die Summe von 1070 M. — Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 1 1/2 Jahren, während Rechtsanwalt Dr. Frey in den meisten Fällen aus Rechtsgründen die Freisprechung für geboten hielt. Das Gericht kam auch nur wegen je eines Betrugs- und Unterschlagungsfalles zu einer Verurteilung der Angeklagten, im übrigen erfolgte Freisprechung. Das Urteil lautete mit Rücksicht auf die Vorstrafen der Angeklagten auf neun Monate Gefängnis.

Aus Industrie und Handel.

Die neue Kriegsleihe.

Nach Angabe der „Berl. Pol. Nachr.“ soll die neue Kriegsleihe nicht erst in der ersten Hälfte des März, sondern bereits in den letzten Tagen des laufenden Monats amtlich ausgeschrieben werden. Die neue Anleihe werde sich durch den höheren Ausgabepreis und durch die längere Benennung der Zeichnungsfrist von der ersten Kriegsleihe unterscheiden. Sonst ist die Wiederkehr des fünfprozentigen Zinses als sicher anzusehen. Wie die genannte offiziöse Korrespondenz annimmt, werde sich der Zeichnungspreis in der Mitte zwischen Nennwert und Zeichnungspreis der ersten Anleihe (97,30 bzw. 97,50 M.) halten.

Erhöhte Preise für Rohwalzdraht.

Unter den Drahtwalzwerken ist eine Einigung dahin zustande gekommen, künftighin Rohwalzdraht nicht mehr unter einem Preis von 115 Mark abzugeben. Da die Herstellungsloskosten ungefähr denen von Stabeisen entsprechen, für das die Preise neuerdings von 112,50 und 115 auf 117,50 und 120 M. erhöht worden sind, so ist mit einer weiteren Preiserhöhung für Rohwalzdraht zu rechnen.

Teuerung in Russland.

Nach den Feststellungen der städtischen Untersuchungskommission sind seit Beginn des Krieges in Petersburg die Warenpreise wie folgt gestiegen: Salz um 57 Proz., Roggenmehl um 18 Proz., Hirse um 21 Proz., Buchweizengröße um 31 Proz., Butter um 30 Proz., Fleisch dritter Sorte um 26 Proz., Milch um 25 Proz., Zucker um 14 Proz., Wein und Oker um 12-23 Proz. In Moskau sind die Preissteigerungen noch viel schärfer. Schingarew bemerkt dazu in einem Artikel in der „Nischa“: Die Lebensmittelteuerung verschlingt einen großen Teil der Einnahmen der Bevölkerung, die während der Kriegszeit ohnehin schon erschüttert sind.

Steigerung der Bierpreise.

Die Malzproduktion hat zur Schonung der Vorräte an Gerste eine Einschränkung von 40 Proz. erfahren. Diesen Umstand wollen die Brauereien dazu benutzen, die Konsumenten ganz gehörig zu schröpfen. Die Berliner Brauereien wollen den Hektoliter Bier um nicht weniger als gleich um 8 M. verteuern. Das würde bedeuten, daß im Kleinhandel der Liter Bier um 10 Pf. verteuert wird. Um zu verhindern, daß die Konsumenten sich mehr dem aus Wägen eingeführten Bier zuwenden, verlangen die Brauereien gleichzeitig eine Erhöhung des Zolls auf Bier. Wie die hohen Dividenden der Großbrauereien beweisen, hat die Bierbrauerei bis jetzt noch immer ihren Aktionär ernährt. Die Maßnahmen aus Anlaß des Krieges haben ohne Zweifel tief und fühlbar in das wirtschaftliche Leben eingegriffen, aber alle Beteiligten haben sich damit abfinden müssen.

Kleine Nachrichten.

Ein falscher Lüttichfürmer.

Mit großem Raffinement hat der Schausteller Brodmann die Rolle eines tapferen Kriegers gespielt, bis sein Schwindel schließlich aufgedeckt wurde. Er war wegen seiner vielen Vorstrafen als Soldat 2. Klasse eingestuft worden, mußte aber entlassen werden, da er krank wurde. Der Anordnung, sich im Lazarett von Dönanbrück zu stellen, kam er nicht nach. Er mochte sich zunächst eigenmächtig zum Feldwebel, indem er sich die Grabadgeschen auf seine Uniform nähte. Dann verschaffte er sich die Eisernen Kreuze erster und zweiter Klasse sowie andere Ordensauszeichnungen und begann nun eine Schwindeltournee durch das rheinische Industriegebiet. Wo der tapfere Feldwebel hinkam, wurde er hochgefeiert, es wurden ihm Geld und alle möglichen Liebesgaben in die Hand gedrückt, und die Gastwirte machten sich ein Vergnügen daraus, ihn umsonst aufzunehmen, zumal er den Gästen äußerst interessante Kriegserlebnisse schildern konnte. So wollte er mit wenigen Leuten ein Fort von Lüttich gestürmt und auf diesem die deutsche Fahne gepflanzt

haben; dafür habe er das Eiserne Kreuz erster Klasse erhalten. Schließlich kam doch ein Zweifelkünstler, der genauere Nachforschungen nach dem Lüttichfeldwebel anstellte und dabei die Wahrheit ans Tageslicht brachte. Das Kriegsgericht verurteilte den Schwindler zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus, 600 M. Geldstrafe und Ausstoßung aus dem Heere.

Explosion in einer französischen Sprengstofffabrik.

Pariser Meldung zufolge fand in der Sprengstofffabrik von Chedde bei Versaillen mit einer Pulvermischung eine Explosion statt. Das Gebäude ist ziemlich schwer beschädigt, mehrere Personen wurden getötet. Die Herstellung der Sprengstoffe erleidet keine Unterbrechung.

Der Kumpf eines Mannes gefunden.

In Erfurt wurde aus dem Gerafluh ein in Wollededen verpackter Kumpf eines Mannes gezogen, dem Kopf und Gliedmaßen fehlten. Es wird ein schweres Verbrechen vermutet, das vor einigen Wochen außerhalb Erfurts verübt worden ist.

Feuer in einer Zuckerrabrik.

Einer Meldung aus Danzig zufolge brach gestern früh ein großes Feuer im Trodenkutschelturm der Zuckerrabrik Praust aus. Die Danziger Feuerwehr sandte eine Dampfspritze ab. Nach mittags in Danzig eingetroffenen Meldungen ist der größte Teil der Fabrik abgebrannt; es stehen nur noch das Kesselhaus und die Zuckerragerichuppen. Der Schaden, der zum größten Teil durch Versicherung gedeckt ist, beträgt nach Schätzung der Direktion etwa zwei Millionen Mark.

Explosion in einer Gasanstalt.

Nach einer Meldung aus Königsberg ereignete sich gestern Donnerstag vormittag in der Gasanstalt der Gemeinde Juditten bei Königsberg beim Ausbessern eines Kessels infolge von Entzündung von Benzol einer Leuchte eine heftige Explosion. Der Betriebsleiter und ein Vorarbeiter wurden getötet, drei andere Arbeiter schwer verletzt.

Heber einen sonderbaren Briefschmuggel

wird aus London folgendes gemeldet: In Folkestone wurde der Italiener Pascal Santoro zu zwei Pfund Sterling Geldstrafe verurteilt, weil er Briefe zwischen den Sohlen seiner Stiefel einschmuggeln versuchte. Der Angeklagte sagte aus, die Briefe seien für eine englische Firma. Er habe sie vor den Deutschen verborgen, als er Prüffel verlief.

Parteiveranstaltungen.

Neukölln. Zu der am Sonntag, den 21. d. M., abends 7 1/2 Uhr, stattfindenden Theatervorstellung „Der Wäberjag“ von Hauptmann sind Billets bei den Funktionen und den bekannten Stellen zu haben.

Jugendveranstaltungen.

Steglich-Friedenau. Freitag, den 19. Februar, abends 8 Uhr: Vortrag über „Die Bekämpfung der Schundliteratur“. Sonntag, den 21. Februar: Jugendbesuch. Treffpunkt: 11 1/2 Uhr vormittags im Heim. Samstag, den 20. Februar: Beteiligung an dem vom Tempelhofer-Markt veranstalteten Elternabend. Treffpunkt um 5 1/2 Uhr im „Jugendheim“, Aniephofstr. 59. Montag, den 22. Februar: Lesabend. Mittwoch, den 24. Februar: Spielabend. Freitag, den 26. Februar: Mädchenabend mit Vortrag abends 8 Uhr im Heim. Preisdok. Sonntag, den 21. Februar, 6 1/2 Uhr im Heim: Vortrag des Herrn Dr. Gauer, Thema: „Som Wasser“. Ein Vortrag mit Verloren. Reinickendorf-West. Sonntag, den 21. Februar, findet eine Parteipartei nach Bismarck-Grabenstr. statt. Treffpunkt früh 7 Uhr Bahnhofs-Schornsteinstr. Jahrgeld 50 Pf. Wiederbücher nicht vergessen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen ist nun auch die Nr. 11 des 25. Jahrganges eingegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Voraus es ankommt. — Krieg und Volksernährung. — Frauenverfassungen in der Schweiz. — Aus der Partei. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Rotgenell: Fürsorge für Mutter und Kind. — Sozialistische Frauenbewegung in Russland. — Für den Frieden. — Frauenstimmrecht. — Die Frau in öffentlichen Kestern. — Beschlüssen. Mit den Beilagen: Härtere Mütter und Hausfrauen und für unsere Kinder. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. Fund die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgeld 35 Pf.; unter Kreuzband 35 Pf. Jahresabonnement 2,00 Mark.

Heft 20 der „Neuen Zeit“ vom 12. Februar hat folgenden Inhalt: Gullak Sang. Von Karinus Striffling (Koppenhagen). — Die Agrarfrage in England. Von A. Kötzger. — Elektrifizierungsmittel. Von Adolf Baum. (Schluß). — Vom Wirtschaftsmarkt. Von Heinrich Cuno. — Eine Aberglaubensgeschichte. Von A. Rautsch. — Literarische Rundschau: Gelmich Schulz; Dr. A. Wiltner, Die politischen Ideen und die politische Arbeit Diehterns; — G. Schlein: The Double Edge of Labors Sword. — Vom Wahren Jacob ist jedes die 1. Nummer des 32. Jahrganges erschienen.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind ferner durch den Verlag K. S. B. Dieß Nachr. G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolportageuren zu beziehen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV, Hof rechts, portiere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Brief muß in ein Briefhäubchen und eine Zahl als Werkzeichen bezeichnen. Briefe ohne Kennzeichen werden nicht erollt. Anfragen, denen keine Abonnementbestellung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

- W. S. 18. Wenden Sie sich um nähere Auskunft an die Prüfungskasse für Einjährig-Freiwillige, Berlin N., Invalidenstr. 62. — W. S. 26. Wir sind der Ansicht, daß Nachzahlung erfolgen muß. — W. S. 1. Die Frau soll die Nachzahlung verlangen und zunächst Antrag bei der Gemeindeverwaltung stellen. — Wiedersehen. 1. u. 2. Sie müssen die Kirchensteuer zahlen. — W. S. 72. Wegen dem Abzug von der Kriegsunterstützung muß Bescheid eingelegt werden. Die Ansuchen für das Kind müssen der Frau gestellt werden. — W. S. 90. Wenn der Schuldner nicht im Felde steht, können Sie pänden lassen. — W. S. 23. Die Willenserklärung zur Einlösung der Leiche muß durch eine Person, die ein öffentliches Siegel führt, beglaubigt werden. — W. S. 78. Die Fortsetzung auf Gehalt muß beim Kontroverwalter als bevorrechtigte Forderung angemeldet werden. Auch das Darlehen muß als Forderung angemeldet werden. — W. S. 1. Anspruch auf Invalidenrente besteht, wenn mindestens 200 Markten geleistet sind. — W. S. 100. 1. Beim Landgericht. Die Verurteilung ist aber vier Wochen nach Zustellung des Urteils verstrichen. 2. 10 M. Innen Zinsen monatlich vom Lohn gestundet werden. — W. S. 35. Die Klage gegen den Vater ist anschlüsslos. — W. S. 34. Unklarer Rechnung nach ist die Firma zur Nachzahlung des Gehalts verpflichtet. Weichen Sie Klage ein. — W. S. 69. Wenn die Frau in diesem Falle nicht die Zustimmung ihres Mannes hat, ist der Kauf ungültig. — W. S. Die Leihen kennen wir nicht. — W. S. 39. Die Unterstutzung wird Ihnen deswegen nicht gestarkt werden. — W. S. 2. Treiben Sie die Schuld durch Zahlungsbefehl ein. — W. S. 17. Stellen Sie Antrag bei der Steuerkasse. — W. S. 1. 1. Unterstutzung kann erfolgen. 2. und 3. Ja. — W. S. 19. Es ist nicht üblich, eine Beschleunigung sich darüber ausstellen zu lassen. Am Streitfall würden Sie durch Eid den Beweis führen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabendmittag: Heberall mild, größtenteils bewölkt, dasnächsten zeitweilige Aufhellung; im Sdosten nur verregelt, in den übrigen Gegenden geshwellige leichte Regenfälle.

Schweren Verletzung aufgefangen. Bei dem Sturz erlitt die junge Egera eine Kopfverletzung und Rippenverletzungen. Die Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus Am Friedrichshain gebracht. — Ein anderer Unfall ereignete sich nachmittags in der Potsdamer Straße. Dort trat vor dem Hause 28. Herr Wilhelm Thomas unmittelbar vor einem in der Richtung nach Friedenau fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 69 auf die Schienen und wurde umgestoßen. Er erlitt eine Gehirnerschütterung und fand im nahen Elisabeth-Strassenhause Aufnahme. — An der Ostbahnbrücke wollte Herr Karl Wade kurz vor einem in der Richtung nach Friedrichsfelde verkehrenden Straßenbahnwagen der Linie 69 das Gleis überschreiten, wurde jedoch, da der Führer den Waggon nicht mehr zum Stehen bringen konnte, umgestoßen. Er geriet unter den Vorderperron, wurde aber von der Schutzvorrichtung aufgefangen. W. trug eine Rissverletzung des linken Ellenbogens und eine Stoppwunde davon und mußte nach dem Krankenhaus Friedrichshain geschafft werden. — In der Reinickendorfer Straße betrat unmittelbar vor einem heranrückenden Straßenbahnwagen der Linie 69 der schwerhörige Paul Tietz das Gleis und wurde umgestoßen. Er erlitt eine Ausrenkung des rechten Armes, eine Quetschung des Beckens und eine Wunde über dem rechten Auge. Der Verunglückte erhielt auf der nahen Unfallstation die erste ärztliche Hilfe und fand dann im nächsten Krankenhaus Aufnahme.

Vermisst wird der Gefreite der Landwehr Kurt Anape von der 8. Kompanie des Infanterieregiments 59. Derselbe soll am 30. November 1914 bei Topolno verwundet worden sein und ist seitdem unauftindbar. Nachrichten erbittet Frau Verta Anape, Urbanstraße 20.

An die Bildungsausschüsse und Organisationsvorstände. In den letzten Tagen kam ein Zirkular des Bezirksbildungsausschusses zum Versand, der Anregungen für Einzelvorträge enthält. Körperschaften, die das Zirkular nicht erhalten haben oder eine größere Anzahl benötigten, mögen sich melden.

Zeugen gesucht. Auf dem Hofe der Andreadammstraße wurde am Mittwochabend gegen 6 1/2 Uhr aus der auf den Kartoffelverkauf wartenden Menschenmenge ein Mann mitgeführt, der sich für das Vorgehen eines Schuhmanns gegen wartende Frauen Zeugen notieren wollte. Personen, die den Vorgang mit angesehen haben, werden ersucht, ihre Adresse an Gustav Studzies, Nichtenberg, Amozpromenade 8, Hof partiere, einzufenden.

Soziales.

Schutz für Wöchnerinnen.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat eine Reihe Anträge gestellt, die eine Ausdehnung der Kriegsfürsorge fordern. Soweit es sich um den Schutz der Wöchnerinnen handelt, wird eine Erweiterung dieses Schutzes beantragt auch für diejenigen, deren Ehemänner erwerbslos sind. Inbegriffen sollen auch die Wöchnerinnen sein, die unehelich geboren, wie das auch vom Bund für Mutter- und Kinderschutz in einer Eingabe beantragt ist.

Waffenklagen wegen Gehaltsherabsetzung.

Der letzte Sitzungstag der 3. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts war fast ausschließlich der Erledigung von Waffenklagen gewidmet, die in der Kürzung von Gehalt und nachträglicher Kündigung der Angestellten ihren Ursprung haben. Die Verklagten sind in allen drei Fällen größere Kaufhäuser, nämlich die Firmen Leopold Gadiel, A. Zandorf und Co. und Fr. Sahn. Dem Personal wurde in allen Fällen das Monatsgehalt bei Ausbruch des Krieges gekürzt, wobei die Angestellten, wie sie übereinstimmend erklärten, von der selbstverständlichen Annahme ausgingen, daß sie für ihr Entgegenkommen als Gegenwert die Sicherheit haben, bis über den Krieg behalten zu werden. In allen zur Klage stehenden Fällen haben sich die Gehilfen in dieser Annahme getäuscht. Es wurde ihnen nach einigen Monaten gekündigt, aus diesem Grunde verlangen sie sämtlich die Differenz zwischen ihrem ursprünglichen und dem ermäßigten Gehalt nachgezahlt. — Der Fall Gadiel lag insofern etwas anders als die Fälle der anderen Firmen, als die Gehalts-ermäßigung unter ganz besonderen Umständen zustande kam. Der Inhaber der Firma, Leopold G., rief am 3. August sein ganzes Personal zusammen und führte den Angestellten eine theatralische Szene vor, die zu der allgemein herrschenden patriotischen Stimmung schlecht paßte. Er erklärte dem Personal, er werde bald eingezogen werden und sei ein ruiniertes Mann. Händeringend und in Tränen ausbrechend beteuerte er dem meist aus Damen bestehenden Personal, sein Geschäft sei durch den Krieg vollkommen ruiniert, und er legte ihm nahe, doch auf alle Ansprüche lieber freiwillig zu verzichten. Diese Szene rührte die angestellten Damen so, daß 15 Damen sofort freiwillig austraten und keine Ansprüche stellten. Der Rest war mit einer erheblichen Gehaltsminderung einverstanden. Hierzu gehörten auch die Mägdchen. Am Dezember wurde ihnen gekündigt, weshalb sie die nachlassenen Beträge der vorhergehenden Monate zurückfordern. Wie der Vertreter der Mägdchen in der Verhandlung ausführte, ist die paternalistische Prophezeiung des Prinzipals, sein Geschäft sei ruiniert, keineswegs in Erfüllung gegangen. Beklagter hat ein umfangreiches Engrosgeschäft gemacht und die Angestellten haben oft Ueberarbeit verrichten müssen, um die Arbeitsmenge zu bewältigen. Die Angestellten haben sogar ihre Tischzeit opfern müssen und seien dann nach beendeter Saison einfach auf die Straße gesetzt worden. Der neue Gehaltsminderungsvertrag sei darum arglistiger Täuschung anzusehen.

Das Kaufmannsgericht verurteilte die beklagte Firma anttagsgemäß in den zur Klage stehenden Fällen. — In ähnlicher Weise erfolgte auch in den die Firmen Zandorf und Fr. Sahn betreffenden Fällen die Verurteilung zur Nachzahlung der gekürzten Beträge. Die Kammer stellte sich auf den Standpunkt, daß auch ohne ausdrückliche Vereinbarung angenommen werden müsse, daß bei der Gehaltsherabsetzung das Durchhalten während des Krieges als übereinstimmender Vertragswille anzunehmen sei.

Der abgelehnte Bewerber.

Die Besorgung der Befugnisse eines Richters muß von der betreffenden Partei noch während der Verhandlung der Streitfache gewünscht werden; ein späterer Antrag auf Ablehnung eines Richters kann, wie sich in der gestrigen Verhandlung der dritten Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts ergab, nicht mehr entgegengenommen werden. Der Inhaber der Firma Fr. Sahn verhandelte in einem gegen ihn anhängig gemachten Prozeß, ohne gegen das Richterkollegium Einwendungen zu erheben. Erst als während der Beratung der Vorstehende zufällig auf einen Augenblick den Gerichtssaal betrat, äußerte der Beklagte Zweifel an der Unbefangenheit des einen Beisitzers. Bevor der Vorsitzende das Urteil verkündete, wollte der Prinzipal den Antrag auf Ablehnung des Beisitzers stellen. Der Antrag wurde aber von Verhandlungsleiter als zu spät gestellt zurückgewiesen. Der Antrag müsse spätestens während der Verhandlung gestellt werden.